Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 17. Sonnabend, den 29. April 1911. 15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — An die Zahlstellenvorstände! — Maifeier 1911. — Arbeitszeitverkürzung heißt Lebensverlängerung! — Ein verbrecherischer Plan. II. — Zur Lage der Pflasterstein-Industrie. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Große Submissionsausschreibungen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Gedicht: Maimorgen. — Die schwedische Steinindustrie. I. — Neuregelung des Submissionswesens nach sozialen Gesichtspunkten. — Die Separatisten. — Feuilleton: Am 1. Mai. — Gedicht: Der Streikbrecher.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Ettringen: Gebr. Ott. — Geilenau: Lahn-Basaltwerk. — Runkel: Kunsteinwerk Hemmig & Komp. — Jena: Kalksteinbrüche. — Schönberg (Odenwald): Althammer. — Konstanz: Alle Betriebe.

Ströbel (Schlesien). Die Unternehmer stellen gegenseitig keine Leute ein, welche die Arbeitsstellen wechseln wollen. Unsere Kollegen finden eine solche Fessel unerträglich. Zuzug ist zu vermeiden.

Kiel. Die Steinarbeiter befinden sich seit dem 1. April im Ausstand. Die Unternehmer bestehen hartnäckig auf ihrer Akkordvorlage, welche für die Kollegen unannehmbar ist.

Becke-Frömmersbach (Rhld). Da die Verhandlungen über den Abschluß des eingereichten Tarifentwurfs resultatlos verlaufen sind, sind ernste Differenzen nicht ausgeschlossen. Zuzug von Pflastersteinklippern, Stößern und Tagelöhnern ist streng fernzuhalten.

Coblenz. Der Streik ist noch nicht beendigt; fünf kleinere Firmeninhaber haben den Stundenlohn von 60 Pfg. bewilligt.

Aue. Gestreikt wird bei folgenden Firmen: Hermann Weishorn, F. Salzer in Aue; Gebr. Bachmann in Neudörfel; Firma Groß in Plauenthal. Vergleichsverhandlungen sind eingeleitet.

Reichenbach. Der Streik der Granitarbeiter bei der Firma Deutsche Steinindustrie dauert fort. Steinmetzen und Schleifer haben Zuzug fernzuhalten.

Hauzenberg. Bei der Firma Gebr. Kerber sind ernste Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Pflastersteinarbeitern ist fernzuhalten.

Gelsenkirchen und Umgebung. Die Stein- und Marmorhauer sowie die Poliseure stehen im Streik. Zuzug nach Gelsenkirchen, Wattenscheid und Rotthausen ist fernzuhalten.

Floß-Altenhammer (Oberpfalz). Wegen Nichtanerkennung des Tarifes sind die Granitsteinmetzen der Fa. Steinhardt in den Streik getreten. Der Unterakkordant Heinrich Fraas aus Flossenbürg will für die Firma Steinhardt Arbeitswillige anwerben.

Kirchheim (Unterfranken). Bei der Firma C. Schilling, Berlin, standen vom 10. bis zum 15. April 170 Brecher, Bossierer, Schleifer, Krahnenführer, Sägerei- und Hilfsarbeiter (Abräumer) im Streik. Eine minimale Lohnaufbesserung wurde erzielt, die schriftlich festgelegt ist. In einigen Wochen soll ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Nördlingen (Bayern). Mit der Firma Koppel & Söhne konnte ein Tarif abgeschlossen werden.

Pilgramsreuth. Der Streik dauert unverändert fort. Die am 8. April erfolgten Verhandlungen führten zu keinem Resultat.

Oppach. Der Streik bei der Firma Meinhold & Tempel ist durch Vergleich beendet. Einige Positionen wurden erhöht. Die sämtlichen Streikenden wurden wieder eingestellt.

Langelsheim. Wegen Lohndifferenzen bei der Firma Schneeberg haben die Kollegen die Kündigung eingereicht. Zuzug ist fernzuhalten.

Gotha. Mit dem Gothaer Granitwerke wurde am 24. April ein Tarif, gültig auf zwei Jahre, abgeschlossen. Wesentliche Verbesserungen konnten erzielt werden.

Kürnbach, Derdingen und **Sternenfels.** Laut Depesche sind im Maulbronner Gebiet die Sandsteinarbeiter am 24. April in den Streik getreten.

Günstig erledigte Lohnbewegungen sind zu verzeichnen in Hildesheim; Beucha, Firma Hartwig; Beuthen; Goldbach; Hof, Granitsteinmetzen und Schleifer; Niederlamitz und Weißenstadt, Granitsteinmetzen; Kupferdreh, Kunststeinarbeiter; Mühlhausen (Th.), Steinmetzen; Oberdorla, Brecher (Muschelkalk); Langensalza, Travertinsteinmetzen; Jena, Granitsteinmetzen und Schleifer; Erfurt, Sandsteinmetzen.

Oesterreich. Gesperrt sind: Karlsbad, Schwarzbrunn, Kohlstadt, Maffersdorf, Kolomea, Drohobycz, Pola, Friedeberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Setzdorf und Schwarzwasser. In den fettgedruckten Orten sind etwa 800 Kollegen schon seit acht Wochen ausgesperrt.

Schweiz. Basel: Die Kunststeinfabrik von Urbani ist gesperrt.

An die Zahlstellenvorstände!

Die Verbandsleitung macht bei der jetzigen Situation besonders auf die statutarischen Bestimmungen über die Inszenierung von Streiks aufmerksam: Streiks, welche ohne Zustimmung der Verbandsleitung beschlossen werden, werden aus der Hauptkasse nicht unterstützt. Die Verbandsleitung behält sich von Fall zu Fall vor, die Verbandsbücher der Streikenden ungesäumt einzufordern. — Den taktischen Anordnungen der verantwortungsvollen Instanzen muß unbedingt Folge geleistet werden. Geht ein Streik verloren, dann wird gewöhnlich der Verbandsleitung die Schuld aufgebürdet.

Maifeier 1911.

Nur wenige Tage trennen uns noch von dem gemeinsamen Fest- und Feiertag des internationalen Proletariats, der die Arbeiterklasse in allen Nationen unter dem gleichen Kampfesruf für ihre Kultur- und Menschheitsforderungen zusammenführt. Die heiligsten Ideale der klassenbewußten Arbeiterschaft weihen das Maifest der Arbeit. Millionen unsrer Leidensgenossen ringen nach dem einen gleichen Ziel, das am 1. Mai in dem großen und überwältigenden Gedanken des

Völkerfriedens und der Völkerverbrüderung

machtvoll zum Ausdruck kommt.

Der Maientag 1911 ruft erneut die denkenden Proletarier auf dem ganzen Erdenrund, in allen Kulturnationen zum millionenfachen Protest gegen Ausbeutung und Unterdrückung, er wird erneut ein lebendiges Zeugnis ablegen von der internationalen Solidarität des Proletariats, die die Arbeiterklasse mit Begeisterung und neuem Kampfesmut für den Sozialismus erfüllt.

Gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit! Das ist die erste unsre Maiforderungen an die heutige Gesellschaft. Die organisierten Arbeiter weigern sich, an ihrer Arbeitskraft und somit an ihrer Gesundheit Raubbau treiben zu lassen durch die rücksichtslose Produktionsweise unsrer heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Sie fordern Muße, um als Menschen und Staatsbürger teilnehmen zu können an den Errungenschaften des Fortschritts, an den Genüssen der Kultur.

An das Verlangen auf Verkürzung der Arbeitszeit reiht sich das nach weitestgehendem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Der Proletarier soll geschützt sein vor die entsetzlichen Folgen kapitalistischer Hetzjagd nach Profit; er soll Schutz finden vor den Gefahren des Berufs, soll bei Krankheit, Invalidität und Alter ausreichend versorgt werden und die Witwen und Waisen sollen gegen Not und Elend gesichert sein. Die Arbeiterklasse betrachtet das wenige, das auf diesem Gebiete geleistet worden ist, als das Fundament, auf dem sich der Zukunftsbau einer die Früchte ihres Schaffens genießenden Menschheit erheben soll. Wir erheben endlich am 1. Mai unsre Stimme: Für den Völkerfrieden!

Gegen die chauvinistische Kriegshetze der heutigen Machthaber in den einzelnen Ländern!

In künstlich gesteigerter Gereiztheit stehen die Nationen gegeneinander; in schroffem Gegensatz zu der öffentlich verkündeten Religion wird der Völkerhaß künstlich gezüchtet und schon den Gemütern der Kinder eingeimpft. Das Proletariat wendet sich gegen diese wahnwitzige Kriegshetze. Es will den Frieden der Welt erkämpfen, indem es die Klassengegensätze niederreißt und schon in der Gegenwart die Vorbedingungen des Völkerfriedens schafft in der Verbrüderung der Proletarier aller Länder, von der die Maifeier das herrlichste Zeugnis ablegt.

Für die deutsche Arbeiterklasse gewinnt die Maikundgebung in diesem Jahr besondere Bedeutung. Sie ist diesmal auch die

Heerschau für die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Wo es irgend möglich ist, sollen auch die **Steinarbeiter** den 1. Mai durch Arbeitsruhe festlich begehen. Wenn unsre Kollegen meistens auch in ländlichen Distrikten schaffen, deshalb sollen sie doch bemüht sein, an dem gewaltigen Protest gegen kapitalistische Ausbeutung und politische Rechtlosmachung ihren Mann zu stellen.

Arbeitszeitverkürzung heißt Lebensverlängerung!

Freunde und Gegner über den Achtstundentag.

Der Achtstundentag ist nötig:

1. Weil das Menschengeschlecht keine längere dauernde körperliche Anstrengung vertragen kann, wenn es gesund, geistig aufgeweckt, tugendhaft und glücklich bleiben soll.

2. Weil die modernen Entdeckungen die Auferlegung einer länger dauernden Kräfteanspannung unnötig machen.

3. Weil unter geeigneten Vorbedingungen bei acht Arbeitsstunden ein Wohlstandsüberfluß für alle erzeugt werden kann.

4. Weil niemand ein Recht hat, zu verlangen, sein Mitmensch solle sich länger, als es der Gesellschaft dienlich ist, beschäftigen lassen, nur damit er, auf Kosten vieler Armer, reich werde.

5. Weil es dem wahren Interesse jedes Menschen entspricht, daß jeder andre Mensch gesund, intelligent, zufrieden und gut bestellt ist.

(Robert Owen, schon 1831.)

Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. (Karl Marx.)

Was der Normalarbeitstag der Arbeiterklasse bietet, das ist die moralische und physische Wiedergeburt ihrer verkommenen Teile, das ist der Schutz gegen das Verkommen ihrer bisher noch begünstigteren Teile, das ist die Erhaltung und Vermehrung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse, die Schaffung und Vorbedingung zu ihrer politischen Reife. (Kautsky.)

Ich will von innerstem Herzen wünschen, daß die höchsten Ziele der Arbeiterbewegung erreicht werden, ich brauche nicht zu sagen, daß veränderte Lebensbedingungen für die Arbeiter: Licht, Luft, Schönheit, genügende Ruhe, gute Löhne, Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten eine Kulturvoraussetzung sind. All das kann nur durch Kampf gewonnen werden und jeder, der diese Notwendigkeit nicht einsieht, kann nur ein mittelmäßiger Arbeiter für die Zukunft sein!

(Ellen Key-Norwegen vor Wiener Arbeitern.)

Es ist eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auch des erwachsenen Arbeiters bei der jetzigen technisch möglichen Produktivität der Arbeit ohne ein durchgreifendes Bedenken möglich geworden. Wird diese Beschränkung in passendem Umfange erreicht, und die so freiwerdende Zeit vom Arbeiter richtig ausgenützt, so erfolgt ein kulturpolitischer Fortschritt ersten Ranges nicht bloß zum Segen des nächstbetroffenen Arbeiters, sondern der ganzen Kulturwelt. (Prof. Adolf Wagner-Berlin.)

Die Prophezeiung, wir würden uns durch Einführung des Achtstundentages zugrunde richten, ist nicht in Erfüllung gegangen. Während wir im Jahre 1892 bloß 1 940 000 Mk. an Löhnen zahlten, machte letztes Jahr die Lohnsumme 6 Mill. Mark aus, und doch konnten wir die Schiffstonne billiger liefern. Das heißt also, wir haben den Umfang unsrer Arbeiten mehr als verdreifacht und führen sie unter billigeren Herstellungskosten aus. Das Gerede von dem „Niedergang" der englischen Industrie infolge der besseren Löhne und kürzeren Arbeitszeit verlache ich als baren Unsinn.

(Fabrikant Hills, Bes. der Thameswerke in England.)

Eine alte Wahrheit: Kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, bessere Ernährung, bessere Arbeit! Der höhere Lohn pro Tag, der in den Vereinigten Staaten vorherrscht, ermöglicht den Arbeitern eine bessere Lebensweise und Ernährung an Körper und Geist. Sie essen mehr und bessere Nahrung als irgendwelche Arbeiter Europas, und ihre allgemeine Lebenshaltung ist eine höhere. Sie bedienen mehr Spindeln und Webstühle in der Textilindustrie. In der Stahlfabriktion, in den Kohlenwerken, beim Koken und dergleichen bringt eine Anzahl Arbeiter in derselben Zeit mehr Produkte hervor, als irgendwelcher ihrer europäischen Konkurrenten. Sie arbeiten stetiger in jeder einzelnen Stunde ihres Arbeitstages. Die Stetigkeit des Arbeiters, das Hingeben seiner ganzen Energie an die Arbeit ist äußerst intensiv und nur möglich, wo gute Nahrung vorwiegt. Jeder Moment wird genützt, um die größtmöglichste Stückmenge zu erzielen, die seiner Maschine oder seinen Händen abgerungen werden kann. Dies allein erklärt den hohen Verdienst bei einem Stücksatz von einer Niedrigkeit, der in Europa Erstaunen erregt.

(Schönhoff, Fabrikant in Amerika.)

In unsern Kulturstaaten verteilt sich das Ergebnis der Arbeit fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit, so daß die größten Anteile am gesellschaftlichen Einkommen denen zufallen, die überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrößten denen zufallen, die überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrößten denen, deren Arbeit beinahe nur nominell ist, und so weiter herunter, indem die Vergütung im gleichen Verhältnis zusammenschrumpft wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit

nicht mit Gewißheit darauf rechnen kann, selbst nur den nötigsten Lebensunterhalt zu erwerben.

(John Stuart Mill.)

Man hat überall beobachtet, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten als die Arbeiter derjenigen mit mehr Arbeitsstunden.

(Prof. Lujo Brentano-München.)

Im Jahre 1872 erlangten die englischen Maschinenbauer die Abkürzung des Arbeitstages auf 9 Stunden. Seitdem hat sich das Durchschnittsalter der gestorbenen Männer ständig gehoben. (Brentano.)

Ich erkenne in der sogenannten Achtstundenbewegung ein prinzipiell berechtigtes Element, das in dem heutigen Stande der gewerblichen Technik seine vornehmliche Begründung findet. Es ist eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auch des erwachsenen männlichen Arbeiters bei der jetzigen technisch möglichen Produktivität der Arbeit ohne ein durchgreifendes Bedenken möglich geworden. Wird diese Beschränkung in passendem Umfang erreicht, und die so frei werdende Zeit vom Arbeiter richtig ausgenutzt, so erfolgt ein kulturpolitischer Fortschritt ersten Ranges, nicht bloß zum Segen der nächstbetroffenen Arbeiter, sondern der gesamten Kulturwelt.

(Prof. Adolf Wagner-Berlin.)

Unsre Forderung nach dem Achtstundentag ist im besten Sinne vaterländisch, denn das Volk, das sie zuerst erfüllt, wird das stärkste im friedlichsten, wirtschaftlichen Wettkampfe der Nationen sein, wenn es gilt, Ehre, Recht, Freiheit und das Land zu verteidigen! (Rob. Seidel.)

Wenn das Festhalten an der langen Arbeitszeit seitens unsrer bürgerlichen Kreise bisher Unverstand gewesen ist, so wird das weitere Festhalten für die Zukunft Frevel zu nennen sein. (Prof. Abbé in Jena.)

Ein englischer Arzt hat erklärt, daß langjährige, genaue Untersuchungen ihn davon überzeugt haben, daß die ungeheure Säuglingssterblichkeit in den Fabrikdistrikten in erster Linie darauf beruht, daß das Kind einige Wochen nach der Geburt der Pflege der Mutter beraubt wird. Die Sterblichkeit in den Fabrikdistrikten zeigt sich 4—5mal größer als in der ländlichen Umgebung.

(Ellen Key-Norwegen.)

Bei 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung und 8 Stunden Ruhe könnte der Mensch ein rüstiges hohes Alter erreichen, könnten alle schlummernden Anlagen des Geistes geweckt und entwickelt werden. Doch die begünstigten Klassen haben in der Regel nicht 8 Stunden Arbeit, die minderbegünstigten bei weitem nicht 8 Stunden Erholung und 8 Stunden Ruhe.

(Gust. v. Struve, lib Rechtsanwalt in Mannheim 1846.)

In demselben Sinne, in dem die Arbeit unbefriedigender, ekelhafter wird, in demselben Maße nimmt die Konkurrenz zu und der Arbeitslohn ab. Der Arbeiter sucht die Masse seines Arbeitslohnes zu behaupten, indem er mehr arbeitet, sei es, daß er mehr Stunden arbeitet, sei es, daß er mehr in der Stunde liefert. Durch die Not getrieben, vermehrt er also noch die unheilvollen Wirkungen der Teilung der Arbeit. Das Resultat ist: Je mehr er arbeitet, um so weniger Lohn erhält er, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er in demselben Maße seinen Mitarbeitern Konkurrenz macht, sich daher ebensoviel Konkurrenten aus seinen Mitarbeitern macht, die sich zu ebenso schlechten Bedingungen anbieten, wie er selbst, weil er also in letzter Instanz Konkurrenz macht, sich selbst als Mitglied der Arbeiterklasse.

(Karl Marx, Lohnarbeit u. Kapital.)

Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen, und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt.

(Internat. Sozialistenkongreß Zürich 1893.)

Wir arbeiten für euch, wir geben unsern Schweiß und unser Herzblut für euch hin — — derweil verführt ihr unsre Töchter und bezahlt uns ihre Schande mit dem Gelde, das wir euch verdient haben. Das nennt ihr Wohltaten erweisen! — Ich habe mit Nägeln und Zähnen um euren Verdienst gerungen und nach keinem Lohn gefragt. Ich habe zu euch emporgeschaut, wie man zu einem Heiligen emporschaut. — Ihr waret mein Glaube und meine Religion! — Und was tatet ihr? — Ihr stahlt mir die Ehre meines Hauses; ihr stahlt mir die Herzen der Meinigen; denn ob sie auch schmutzige Bettler sind, lieb hatte ich sie doch! — Ihr stahlt mir das Kissen, auf dem ich mein Haupt niederlegen wollte, um auszuruhen von der Arbeit für euch. — Ihr stahlt mir den Heimatsboden. — Ihr stahlt mir die Liebe zu dem Menschen und das Vertrauen zu Gott. — Ihr stahlt mir Frieden, Schamgefühl und gutes Gewissen! — Die Sonne vom Himmel habt ihr mir herabgestohlen! — Ihr seid die Diebe, ihr!

(Herm. Sudermann, Die Ehre.)

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit hat sich das Lohnkonto zwar erhöht, aber man hat die Beobachtung gemacht, daß der Gesundheitszustand der Leute ein besserer geworden ist, daß sie pünktlicher und schaffensfreudiger die Arbeit aufnehmen und daß der Arbeiterwechsel wesentlich abgenommen hat. Auch die Zahl der Unfälle hat sich verringert! — Der Direktor einer Gasanstalt, in der vor einem Jahre die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde, war früher ein scharfer Gegner der Achtstundenschicht, bekennt sich aber nun rückhaltlos als deren Anhänger! Er hat durch scharfe Beobachtung seiner Leute seine frühere Befürchtung, daß diese die vermehrte freie Zeit in wenig ersprießlicher Weise ausnützen würden, vollständig widerlegt gefunden. Er hat im Gegenteil wahrgenommen, daß sich die Leute während ihrer freien Zeit sonntäglich kleiden, mit ihren Familien spazieren gehen oder Besorgungen machen. Er erwartet jetzt vom Achtstundentag einen tüchtigen, zuverlässigen Arbeiterstamm.

(Berliner Gewerbeinspektoren 1908.)

Infolge der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit nahm bei uns die Leistungsfähigkeit der Arbeiter von Tag zu Tag zu. Nach sechs Monaten wurde in 7½ Stunden völlig ausgenutzter Arbeitszeit die gleiche Leistung erzielt wie früher beim Zehnstundentag. Günstig wirkte die kürzere Arbeitszeit auch auf den Gesundheitszustand der Arbeiter ein. Während die Krankenkasse vordem mit Defizit arbeitete, erzielte sie jetzt Ueberschüsse. Der Alkoholgenuß ging zurück, die Trunkenheit hörte völlig auf.

(Direktion d. A.-G. f. chemische Prod. i. Engis in Belgien.)

Der natürliche Tag hat 24 Stunden, von denen, wenn wir für den Gebrauch des Lebens von einer Dreiteilung ausgehen, 8 Stunden auf den Schlaf, ebensoviel auf die äußeren Geschäfte (Gesundheitspflege, Mahlzeiten, anständige Erholung, freundschaftliche Unterhaltung usw.) entfallen, schließlich für die ernsten, nunmehr mit Munterkeit und ohne Ueberdruß zu erledigenden Arbeiten 8 Stunden übrig bleiben werden. Wöchentlich also (wenn der 7. Tag ganz für die Ruhe bleibt) soll es 48 Arbeitsstunden geben. (Comenius, Pädagog, in „Didaktik", 15. Kapitel, vor 300 Jahren.)

Ein verbrecherischer Plan.

II (Schluß).

L. V. Der eigentliche Zweck der Reichsversicherungsordnung soll nach der Behauptung unsrer Gegner der sein, die während des Kampfes um den Zollwuchertarif im Jahre 1903 als „Ausgleich" versprochene Witwen- und Waisenversicherung durchzuführen. Hiernach soll das neue Gesetz durchaus arbeiterfreundlich sein und es deshalb im Interesse der Arbeiter liegen, wenn der Reichstag den Entwurf ohne längere Debatte annimmt. Auf diese Weise suchen unsre Gegner die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages zu rechtfertigen.

In Wahrheit verhält sich die Sache ganz anders. Zunächst sind die vorgeschlagenen Witwen- und Waisenrenten so gering, daß sie in den meisten Fällen sogar hinter dem zurückbleiben, was die Armenpflege den Witwen und Waisen gewährt. Nach einer Verteilung der Versicherten über die einzelnen Lohnklassen gemäß der tatsächlichen Beitragsentrichtung im Jahre 1907 beträgt die Durchschnittsrente nach Ablauf der mittleren Beitragsdauer (etwa 1763 Wochen) mit Einschluß des Reichszuschusses

für die völlig arbeitsunfähige Witwe 33 Pfg. pro Tag,

für eine Waise unter 15 Jahren 16 Pfg. pro Tag.

Sind mehr Waisen vorhanden, dann kommt auf jede Waise noch ein etwas geringerer Betrag. Davon müssen aber nicht nur die Waisen, sondern auch noch die Witwe leben, wenn sie zwar arbeitsfähig ist, aber ihre Arbeitskraft der Erziehung ihrer Kinder widmen muß und deshalb nicht auf Arbeit gehen kann.

Unsre Gegner vertrösten uns darauf, daß es sich jetzt nur um einen Anfang mit der Witwen- und Waisenversicherung handelt; wenn erst einmal das Prinzip der Witwen- und Waisenversicherung festgelegt worden ist, dann können die Renten im Laufe der Zeit allmählich erhöht werden. Dem widerspricht aber die Erfahrung, die wir mit der Invalidenversicherung gemacht haben. Auch die Invalidenrente ist seinerzeit — vor mehr als 20 Jahren — trotz des Widerspruchs der Sozialdemokraten so niedrig festgesetzt worden. Seitdem haben die Arbeiter unaufhörlich die Erhöhung der Rente gefordert und die Sozialdemokraten haben bei jeder Gelegenheit die nötigen Verbesserungsanträge gestellt. Aber alles war vergeblich. Nach der oben angeführten Berechnung ist der Durchschnittsbetrag der Invalidenrente 76 Pfg. pro Tag, und davon sollen Mann und Frau leben, so daß für jeden sage und schreibe 38 Pfg. pro Tag bleiben. Und das einzige, was jetzt erreicht wurde, ist ein Zuschlag von zehn Prozent für jedes Kind unter 15 Jahren. Das macht für Vater, Mutter und Kind zusammen 76 + 8 = 84 Pfg., also 28 Pfg. pro Kopf und Tag, bei zwei Kindern 23 Pfg., bei drei Kindern 20 Pfg. usw. Es sind also auch selbst nach der jetzigen Reform in der Tat Renten zum — Verhungern. Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Abgeordneten, die es ernst mit der Wahrung der Arbeiterinteressen nehmen, mit aller Kraft auch noch im Plenum des Reichstags für eine angemessene Erhöhung der Invalidenrenten als auch der Witwen- und Waisenrenten einzutreten.

Dazu kommt, daß gerade die wichtigsten Ausgaben der Versicherungsanstalten, die Ausgaben für Heilverfahren, für den Aufenthalt und die Pflege der Versicherten in Heil- oder Erholungsanstalten, Bädern usw. von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht worden sind. Dadurch sollen diese Ausgaben mehr und mehr eingeschränkt werden, zum unersetzlichen Schaden erholungsbedürftiger Arbeiter. Auch diese Verschlechterung muß im Reichstage mit allem Nachdruck bekämpft werden.

Eine der wichtigsten Verbesserungen, die die Reichsversicherungsordnung bringen soll, ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter in den nicht gewerblichen Betrieben, auf die unständig beschäftigten Arbeiter, auf das Wandergewerbe, auf das Hausgewerbe, auf die Dienstboten und auf die landwirtschaftlichen Arbeiter. Aber die beiden letzten Gruppen, die wichtigsten von allen, sollen in Wahrheit nur mit einem Recht auf dem Papier abgefunden werden. Denn sie sollen auf Antrag des Arbeitgebers so von der Versicherungspflicht ausgenommen sein, wenn sich der Arbeitgeber verpflichtet, aus seinen Mitteln die von ihm beschäftigten Personen während einer Krankheit zu unterstützen und die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers sicher ist. Diese Bestimmung soll, wie in der Kommission sowohl der Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministeriums als auch konservative Redner ausplauderten, dazu dienen, daß auf den größeren Gütern „alles beim alten bleibe". Aus demselben Grunde ist die Ausnahmebestimmung auf die Dienstboten ausgedehnt worden. Darf der Reichstag diese Verhöhnung der Arbeiterversicherung ohne den ernsten Versuch, sie zu verhindern, über sich ergehen lassen?

Am wichtigsten aber ist die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen. Nach dem geltenden Gesetz haben die Versicherten den maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Ortskrankenkassen. Sie wählen bekanntlich zwei Drittel der Mitglieder der Generalversammlung, und diese wählen zwei Drittel der Vorstandsmitglieder, die Arbeitgeber stellen das letzte Drittel der Mitglieder in der Generalversammlung und im Vorstand. Die Versicherten haben also, wenn sie einig sind, die Mehrheit in der Generalversammlung und im Vorstande und können durch sie ihrem Willen Geltung verschaffen. Dafür müssen sie zwei Drittel der Beiträge für die Krankenversicherung, die Arbeitgeber nur ein Drittel bezahlen.

Nach der Reichsversicherungsordnung bleibt zwar dieses Verhältnis der Versicherten zu den Arbeitgebern sowohl in der Bezahlung der Beiträge als auch in der Besetzung des Ausschusses und des Vorstandes. Dagegen sollen alle wichtigeren Fragen nicht mehr durch die Mehrheit im Vorstand und Ausschuß entschieden werden. Vielmehr soll ein Beschluß nur dann Gültigkeit haben, wenn er nicht nur von der Mehrheit der Arbeitervertreter, sondern auch von der Mehrheit der Arbeitgebervertreter gefaßt wird. Beugt sich die Zweidrittelmehrheit der Arbeitervertreter nicht dem Gebot der Minderheit, dann bleibt die Sache entweder unentschieden, die unbedingt notwendige Verbesserung kann nicht durchgeführt werden, oder die Aufsichtsbehörde herrscht unbeschränkt. So ernennt in einem solchen Falle die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden der Kasse; und zwar darf sie nur dann einen Arbeitgeber dazu bestimmen, wenn die Mehrheit der Arbeitervertreter dem zustimmt, und nur mit Zustimmung der Mehrheit bei den Arbeitgebervertretern einen Versicherten auswählen. Die Aufsichtsbehörde wird daher den größeren Kassen ausgediente Offiziere als Vorsitzende aufzwingen, wie auch die Bestimmung über den stellvertretenden Leiter der Aufsichtsbehörde, des Versicherungsamts, so gefaßt ist, daß hier ebenfalls ausgediente Offiziere untergebracht werden. Bei der Wahl von Kassenbeamten bedarf der Beschluß der mit zwei Dritteln der Stimmen gefaßt werden muß, der Bestätigung durch das Versicherungsamt. Die Bestätigung darf auf Grund von Tatsachen versagt werden, die darauf schließen lassen, daß dem Vorgeschlagenen die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte oder Fähigkeit fehlt. Dies wird manchem Versicherungsamt genügen, jedem Sozialdemokraten, ja jedem, der sich nicht bei der Behörde als Kriecher beliebt gemacht hat, die Bestätigung zu versagen. Kommt aber kein Anstellungsbeschluß zustande oder wird die Bestätigung endgültig versagt, so ernennt das Versicherungsamt auch die Kassenbeamten. Und der preußische Kriegsminister hat in der Budgetkommission des Reichstags bereits im voraus seinen Dank ausgesprochen für den Fall, daß recht viele ausgediente Unteroffiziere hier untergebracht werden. Endlich ist auch dafür gesorgt, daß die Kassenbeamten nach ihrer Anstellung von der Aufsichtsbehörde abhängig bleiben. Sollen doch sogar die Geschäftsleiter der größeren Kassen als Staatsbeamte erklärt werden können, damit sie ganz unter die Disziplinargewalt der Aufsichtsbehörden kommen.

In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung dagegen ist die Alleinherrschaft der Arbeitgeber und in den Versicherungsanstalten der Invaliden- und Witwen- und Waisenversicherung die Beamtenwirtschaft unangetastet geblieben. Hier kann die arbeiterfeindliche Praxis ungestört weiter bestehen. Sie soll jetzt aber auch auf die Ortskrankenkassen übertragen werden. Die freien Hilfskassen sind als Ersatzkassen auf den Aussterbeetat gesetzt und werden oft genug durch Belästigungen aller Art zu einer um so schnelleren Auflösung getrieben werden. Dann gibt es keine Kassen mehr, deren Geschäfte die Arbeiter selbst leiten. Dann haben wir nicht mehr das Vorbild und den Ansporn, den die von den Arbeitern geleiteten größeren Kassen geboten haben. Dann wird die Leistungsfähigkeit aller Kassen wieder herabgedrückt und selbst das wenige Gute beseitigt werden, das die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalten nach dem Vorgehen der Ortskrankenkassen einführen mußten. Dann wird die Bevormundung und Bedrückung, die die Arbeiter namentlich aus der Praxis der Unfallversicherung leider nur zu sehr kennen, auch in die Krankenkassen verpflanzt werden und bis in die Krankenzimmer der Arbeiter dringen. Hier muß sie noch viel verderblicher als in der Unfallversicherung wirken und viele, viele kranke unglückliche Arbeiter und ihre Angehörigen aufs äußerste verbittern.

Deshalb können sich die Arbeiter eine solche Reform der Arbeiterversicherung nicht ruhig gefallen lassen. Sie müssen sich dagegen erheben, müssen gegen die ungenügenden Verbesserungen und unerhörten Verschlechterungen protestieren und dürfen nicht eher ruhen, als bis ihre Stimme auch im Reichstage gehört und das neue Gesetz in einer den Interessen der Arbeiter wirklich entsprechenden Fassung angenommen wird.

Zur Lage der Pflastersteinindustrie.

In einem längeren Artikel nimmt die Monatsschrift der Steinbruchsberufsgenossenschaft zu unseren gemachten Ausführungen über die Zollfrage Stellung. Das Blatt ist natürlich mit unserer Stellungnahme nicht im geringsten einverstanden, und gegen den Steinarbeiter wird in recht oberflächlicher Weise polemisiert. Genannte Zeitschrift schreibt:

Zum Schlusse faßt der Steinarbeiter die Mittel zusammen, die ihm geeignet erscheinen, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen.

Es sind dies:

1. Niedrigere Eisenbahnfrachtsätze,
2. scharfe Opposition gegen die geplanten Schiffahrtsabgaben,
3. bessere Unterrichtung der Studierenden auf den technischen Hoch- und Mittelschulen in Mineralogie und Petrographie,
4. bessere Reklame für die Erzeugnisse (es fehle an einem erstklassigen literarischen Werk und an übersichtlich angelegten Gesteinssammlungen),
5. Herbeiziehung tüchtiger Geologen bei Erschließung von Steinbrüchen (Hinweis auf die Methode vieler Unternehmer, bei erstklassigen Sorten auch minderwertiges Material einzuschmuggeln),
6. Einwirkung auf die Stadtverwaltungen, daß in erster Linie nur einheimisches Pflastermaterial verwendet wird,
7. Anwendung gut bewährter maschineller Einrichtungen (gute Krane, Bohrmaschinen, Transportgleisanlagen, fehlen in vielen Betrieben), und
8. bessere Verständigung der Steinindustriellen mit ihren Arbeitern über Lohn- und Arbeitszeitfragen. (Unlautere Konkurrenz.)

Wir wollen mit nachfolgendem untersuchen, ob diese Vorschläge geeignet sind, die erforderliche Besserung herbeizuführen.

ad 1. Die Erlangung niedriger Eisenbahnfrachtsätze ist allerdings ein erstrebenswertes Ziel, das zu erreichen man sich auch schon alle Mühe gegeben hat, leider aber vergeblich. Alle bezüglichen Gesuche wurden bisher rundweg abgelehnt.

(Die Steinarbeiterredaktion setzt nun in aller Kürze die zu erhebenden Gegeneinwände in Klammern. Bezüglich der niedrigen Eisenbahnfrachtsätze sind sich die deutschen Steinindustriellen selbst noch nicht einig. Beweis: Der preußische Eisenbahnminister schrieb unterm 19. 12. 1909 bezüglich der Frachtermäßigung an den Verband der westdeutschen Steinbruchsbesitzer folgendes:

Bei dem Widerstreit der Interessenten und Wünsche der verschiedenen Gruppen der einheimischen Steinindustrie würde die Gewährung der erbetenen Frachtermäßigung voraussichtlich eine Schädigung einzelner Steinversandgebiete sowie anderer wichtiger Erwerbszweige im Gefolge haben.

Aus dieser Antwort geht hervor, daß sich einzelne Unternehmer gegen eine Frachtermäßigung wehrten, weil sie sonst die Konkurrenz der „andern" fürchten müßten.)

ad 2. Für die Pflastersteinindustrie spielen die geplanten Schiffahrtsabgaben keine Rolle, höchstens wäre im Gegensatz zu der aufgestellten Behauptung eine Besserung durch die Schiffahrtsabgaben zu erhoffen, da die Einfuhr der schwedischen Steine durch dieselben einigermaßen erschwert würde.

(Nun, das ist ja famos, daß die deutschen Steinindustriellen, welche ihre Produkte besonders im Westen auf dem Wasser transportieren lassen, auf einmal darin ihr Heil erblicken, wenn sogar Schiffahrtsabgaben kämen. Auf den Eisenbahnpersonenverkehr die Logik der Unternehmer übertragen, heißt das: Weil in Deutschland auch Russen, Engländer, Amerikaner usw. reisen, deshalb muß auch der deutsche Reisende hohe Fahrpreise entrichten. Denn wenn die Fahrpreise niedriger gesetzt würden, könnten sich eventuell noch etliche Dutzend mehr Ausländer unser schönes Vaterland ansehen. — Wir behaupten, daß die deutsche Steinindustrie ein sehr großes Interesse daran hat, wenn die Schiffahrtsabgaben fallen.)

ad 3. Es ist wohl richtig, daß man schon auf unsern Mittelschulen das Interesse für Geologie mehr heben sollte. Auf unsern Hochschulen dagegen ist reichlich Gelegenheit zum Studium dieses Spezialfaches geboten.

(Daß auf den technischen Mittelschulen das Fach: Geologie nicht genügend gewertet wird, wissen wir aus eigner Erfahrung. Wenn die Monatsschrift dann auf die Hochschulen verweist, daß es dort um das Geologie-Studium besser bestellt sei, so bemerken wir, daß das Spezialfach Petrographie [Gesteinskunde] viel zu nebensächlich behandelt wird.)

ad 4. Reklame durch Beschickung von Ausstellungen wurde bisher allerdings sehr wenig gemacht. Bei der gedrückten Lage der Industrie wird eben jede kostspielige Ausgabe zu vermeiden gesucht, ganz abgesehen davon, daß Pflastersteine als Ausstellungsobjekt keine große, dekorative Wirkung erzielen können und von der Masse des Publikums unbeachtet bleiben. Im übrigen geschieht aber das menschenmögliche, um das einheimi-

sche Material Interessentenkreisen bekannt zu geben. Es werden alle Stellen, die als Abnehmer etwa in Betracht kommen könnten, besucht und dabei Gesteinsproben — auch in Form von Briefbeschwerern — abgegeben.

Es ist zuzugeben, daß ein erstklassiges literarisches Werk über die umfangreiche deutsche Steinindustrie fehlt und daß auch übersichtlich angelegte Gesteinssammlungen nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind. Aber solange kann die Pflastersteinindustrie nicht warten, bis diese Lücke ausgefüllt und die erhofften Erfolge gezeitigt sind.

(Es wird ohne weiteres zugegeben, daß sich die Steinindustriellen an den Ausstellungen nur ungern beteiligen. Zu dieser Ausstellungsträgheit soll beitragen, weil die Pflastersteine nicht dekorativ wirken. Eine schöne Ausrede! Auf der Leipziger Bauartikelausstellung 1909 waren die Installateure für Klosettanlagen — hervorragend vertreten. Dekoratio hat jene Abteilung sicherlich nicht gewirkt. Hervorragende Steinbruchbesitzer gestehen ja selber zu, daß sie für ihre Gesteinsmaterialien zukünftig mehr Propaganda machen müssen.)

ad 5. Auch wir halten es für unerläßlich, daß jeder, der einen Steinbruch eröffnen will, sich vorher auf das allergenauste, unter Hinzuziehung von Fachleuten über die Güte und Lagerungsverhältnisse des Materials unterrichtet. Dabei bleibt aber immer zu beachten, daß auch der geübteste Geologe in seiner Beurteilung sich aus naheliegenden Gründen irren kann.

Gutes und schlechtes Material zu mischen, dürfte für alle industriellen Betriebe verwerflich sein.

(Die Monatsschrift ist also auch der Ansicht, daß bei Steinbruchseröffnungen in hinreichender Weise der Geologe zum Worte kommen soll. Gewiß kann sich auch der Geologe irren. Auch der Arzt stellt dann und wann eine unrichtige Diagnose, aber deshalb wird man in Krankheitsfällen doch immer wieder sich der ärztlichen Hilfe bedienen. — Wir wissen aus Erfahrung, daß so mancher Pflastersteinlieferant schlechte Steine unter die guten Sorten mischte. Heute kommt dieses sogar noch vor.)

ad 6. Die Steinindustriellen sollen auf die Stadtverwaltungen einwirken, daß in erster Linie einheimisches Pflastersteinmaterial verwendet wird. Sehr gut! Schade, daß nicht auch gesagt wird, wie das gemacht werden soll. An Bemühungen in dieser Richtung hat es bisher nicht gefehlt. Es ist wirklich bedauerlich, wenn in einer Reihe von Städten Mittel- und Süddeutschlands nur, oder fast nur ausländisches Pflastersteinmaterial verwendet wird. Tatsächlich ist keine größere Stadt mehr zu finden, die noch keine schwedischen Steine verwendet hätte. Wenn nun aber gar Stadtverwaltungen bei Pflastersteinlieferungen ausländisches Material vorschreiben, so müssen auch wir diese Handlungsweise als verwerflich bezeichnen.

(Die Steinbruchbesitzer sind doch meist stramme Zentrumsleute oder Liberale. Ihre Gesinnungsgenossen beherrschen die Stadtverwaltungen. Wer kann denn den Zentrumsmehrheiten im Rheinländischen schwedisches Material aufoktroyieren?

Wenn nun die Unternehmer immer auf die schwedische Konkurrenz verweisen, so sei doch betont, daß besonders in den rheinisch-westfälischen Städten diese Konkurrenz nicht zu groß ist. Der Steinbruch hat ja darüber im Jahre 1910 eine Aufstellung gebracht, und wir möchten daraus folgendes hervorheben:

Aachen verwendet keine schwedischen Steine.

Barmen verwandte 1906/07 1000 Tonnen Grauwackepflaster und 2000 Tonnen Basaltkleinschlag. Im Jahre 1906 wurden bloß 900 Tonnen schwedische Steine bezogen. Der Preis betrug für die Tonne frei Bahnhof Barmen:

	1906	1907
a) Grauwackepflastersteine .	21.50 Mk.	21.50 Mk.
b) Schwedische Pflastersteine	24.75 „	—
c) Basaltkleinschlag . . .	6.— „	6.80 „

Koblenz hat in den letzten zwei Jahren kein schwedisches Material verwandt.

Köln bezog im Jahre 1906 keine, 1907 2431 Tonnen schwedischer Steine zum Preise von 25 Mk. pro Tonne. An einheimischen Steinen wurden bezogen: 1906: 51 264 Tonnen Pflastersteine, 7327 Tonnen Steinschlag; 1907: 27 938 Tonnen Pflastersteine, 6243 Tonnen Steinschlag.

Dortmund verwendete im Jahre 1907 nur deutsches Material, und zwar insgesamt 10 000 Tonnen.

Düsseldorf und Elberfeld bezogen in den letzten zwei Jahren kein schwedisches Material.

Gelsenkirchen bezog 1906 2000 Tonnen schwedischer Steine zum Preise von 23.84 Mk. pro Tonne und etwa 30 000 Tonnen deutscher Sorten.

Remscheid und Witten deckten ihren Bedarf nur mit inländischem Material.

Wir finden es ganz in der Ordnung, wenn die Städte ihren Bedarf bei inländischen Firmen decken.)

ad 7. Zuzugeben ist, daß noch eine große Anzahl einschlägiger Steinbrüche bez. gut bewährter maschineller Einrichtungen noch sehr rückständig sind. Gute Krane, Bohrmaschinen, Ladevorrichtungen, Transportgleisanlagen usw. fehlen tatsächlich noch in recht vielen Betrieben. Dabei ist aber zu beachten, daß bei Rückgang der Geschäfte auch leicht ein Betrieb unmöglich gemacht werden kann, wenn ein zu großer Aufwand für derartige Anlagen gemacht wurde. Es sind uns mehrere Betriebe bekannt, die sich gerade deshalb nicht mehr rentieren, weil die getroffenen Einrichtungen die Produktionskosten zu sehr verteuert haben. Derartige Anlagen sind sehr schön und gut, rentieren sich aber nur dann, wenn auf Jahre hinaus mit gutem Absatz bei auskömmlichen Preisen gerechnet werden kann.

(Wenn ein Steinbruch mit technischen Anlagen versehen werden soll, dann muß selbstredend eine dementsprechende Gesteinsablagerung vorhanden sein. Kein Mensch verlangt, daß große Bremsberge errichtet werden sollen, wenn es an den nötigen Granitmassivs fehlt.)

ad 8. In Südwestdeutschland haben sich die Steinindustriellen mit ihren Arbeitern über Lohnfragen fast durchweg verständigt. Die Zeitfragen sind ohnehin gesetzlich geregelt. Wenn es trotzdem da und dort zwischen beiden zu Differenzen kam, so ist das in der Hauptsache auf die beschäftigungslose Lage zurückzuführen. Ein einheitlicher Tarif läßt sich übrigens nicht durchführen, da die einzelnen Gesteinsarten in der Bearbeitung außerordentlich verschieden sind. Kommt es doch vor, daß ein und derselbe Unternehmer genötigt ist, verschiedene Tarife, die der Materialbeschaffenheit angepaßt sind, aufzustellen. Bei gleichen Gesteinsverhältnissen aber sind die Preise nachweisbar durch Tarifverträge jetzt schon festgelegt. Ob durch Tarifverträge die unlautere Konkurrenz ganz aus der Welt geschafft werden kann, mag dahingestellt sein. Im allgemeinen kann man über eine solche nicht klagen. Wenn es ab und zu vorgekommen ist, daß infolge zu großer Lagerbestände von dieser oder jener Seite etwas billiger als sonst geliefert wurde, so geschah dies lediglich, um zu dem Weiterbetrieb das nötige Geld hereinzubekommen, entsprang also einer Zwangslage.

(Zutreffend ist, daß in Süddeutschland die Unternehmer eher geneigt sind, Tarife abzuschließen, als wie in der Lausitz und in Schlesien. Die Preisunterbietungen bei Pflastersteinlieferungen sind erhebliche, und das kommt dort eher vor, wo Tarife nicht bestehen. Beweis: Am 12. April vergab die Stadt Bunzlau [Niederschlesien] ein Quantum Steine. Es forderten:

Naumann, Görlitz	13 773.40 Mk.
Besser, Görlitz	16 102.90 „
Seidel, Striegau	20 679.10 „
Völker & Nikolaier, Breslau . .	23 967.40 „

Die Differenz von über 10 000 Mk. ist doch unverständlich bei ordinären Pflastersteinlieferungen. Wir machen uns erbötig, aus der letzten Zeit mindestens zwei Dutzend solch duftender Submissionsblüten beibringen zu können. Fest steht, daß die Pflastersteinlieferanten in der Lausitz, in Schlesien mit ihren Arbeitern absolut keinen Tarif abschließen wollen. Es ist ein Skandal, daß solche Lieferanten nicht ohne weiteres von städtischen und staatlichen Lieferungen ausgeschlossen werden. Wenn in Süddeutschland die Granitindustriellen Tarife sanktionierten, so auch deshalb, weil die Stadtverwaltungen, beispielsweise München, Nürnberg, Karlsruhe usw., Kautelen aufgestellt haben, daß die städtischen Lieferanten das Koalitionsrecht und die abgeschlossenen Tarifverträge der Arbeiter achten müssen. Gegenüber unsern 8 Thesen hat die Monatsschrift der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft nur nichtssagende Bemerkungen gebracht.

Redaktion.)

Korrespondenzen.

Altenhain. Am Sonntag, den 23. April, fand im Gasthof Altenhain eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Ruckdäschel-Beucha hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft. Zur Regelung der Arbeitslöhne bei der Firma Ebert u. Co. wurde eine achtgliedrige Kommission gewählt, welche die nötigen Vorarbeiten in die Hand nehmen soll. Der Besuch der Versammlung hat gezeigt, daß es auch in Altenhain und Ammelshain lebhaft vorwärts geht. Die Kollegen haben eingesehen, was das Wort Einigkeit bedeutet.

Demitz-Thumitz. In organisatorischer Beziehung herrscht in der Lausitz ein fröhliches Treiben. Endlich sind die Kollegen zur Einsicht gekommen, daß es ohne Verband nicht mehr geht. Der Steinarbeiterverband hat auch überall fest Posto gefaßt. Besonders wird von den Kollegen das wilde Akkordsystem als sehr drückend empfunden. Im Fichtelgebirge, dem Bayrischen Wald, in Baden und Hessen bestehen für die Granitarbeiter Tarifverträge, aber in der Lausitz wollen sich die Unternehmer mit solchen sozialen Einrichtungen nicht abfinden. Die Arbeiter können einen so rückständigen Gedanken nicht verstehen. In unserm Gebiet mehren sich die schweren Unglücksfälle zusehends, deshalb ist es nötig, daß die Kollegen durch den Verband dahin wirken, daß die Arbeiterschutzgesetze straffer eingehalten werden. Berichtigend sei bemerkt, daß die hiesige Steinmetzschule nicht allein von der Firma Kunath, sondern vom Staat, der Gemeinde und unter Beihilfe mehrerer Firmen unterhalten wird.

Kiel. Zur Lohnbewegung der hiesigen Steinarbeiter ist zu berichten, daß eine vom Arbeitgeberverband anberaumte Versammlung resultatlos verlaufen ist. Die Unternehmer bestehen nach wie vor hartnäckig auf ihrer Akkordvorlage, welche für die Kollegen durchaus unannehmbar ist. Die Unternehmer erklärten, daß sie, wenn die Kollegen auf die Akkordvorlage nicht eingehen, alles mögliche dran zu setzen, Arbeitswillige heranzuziehen. Dies muß unter allen Umständen vermieden werden. Darum appellieren wir an das Solidaritätsgefühl aller Kollegen.

Koblenz. Zum Streik der dortigen Steinarbeiter schreibt uns im berichtigenden Sinne Herr Schütze-Brohl a. Rh. Er meint, die kleinen Firmen konnten deshalb so leicht bewilligen, weil sie nur zeitweise Steinmetzen beschäftigt hätten. Die Kleinmeister hätten überdies die zwei Firmen Pabst scharf gemacht, daß diese den Kampf aufnehmen sollten. Herr Schütze betont schließlich noch, daß die Arbeiter, momentan die Zulage von 2 Pfg. abgelehnt hätten, trotzdem im nächsten Jahre der für jetzt geforderte Stundenlohnsatz Anerkennung finden sollte. — Wir nehmen von der Zuschrift Kenntnis, unsre Kollegen werden darauf gelegentlich antworten.

Langensalza. Am 20. April tagte unsre fällige Monatsversammlung, welche mäßig besucht war. Zum 1. Punkt: Kartellbericht, wurden zwei Kollegen zum Festkomitee des diesjährigen Gewerkschaftsfestes gewählt, welches am 25. Juni stattfindet. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den neuen Tarif, der in Gegenwart des Kollegen Hugo Walter abgeschlossen wurde. Nach dem neuen Tarif ist die geschliffene Arbeit etwas ungünstig gestellt, denn wer schon einmal geschliffene Arbeit gemacht hat, weiß, was der Traventin für eine Bearbeitung verlangt. Allerdings wissen wir, daß bei einem Tarifabschluß nicht alles nach Wunsch geht, und beim Verhandeln mußte ja auch auf die allgemeine Situation verwiesen werden. Der Wochenbeitrag wurde von 80 auf 70 Pfg. herabgesetzt. Die Verhandlung nahm einen würdigen Verlauf.

Mittweida. Am 22. April tagte im Rosengarten unsre Monatsversammlung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Paul Schmidt einen warmen Nachruf. In der üblichen Weise wurde dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen. Hierauf bedankte sich ein auswärtiger Kollege schriftlich für die erhaltene Unterstützung. Im 1. Punkt gab der Kassierer den Kassenbericht vom 1. Quartal. Die Revisoren erklärten, die Kasse geprüft und richtig befunden zu haben. Auf Antrag derselben wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Im 2. Punkt, betr. die Maifeier, wurde lebhaft debattiert. Ein Beschluß wurde nicht herbeigeführt. Aus moralischer Pflicht erklärten die Versammelten, durch Arbeitsruhe den 1. Mai zu feiern. Den Kartellbericht gab Kollege Klemens Lippmann. Zu der bevorstehenden Kartellbeitragserhöhung wurde durch Antrag beschlossen, dieselbe abzulehnen. Nach einigen Erledigungen auf einzelnen Plätzen wurde die Versammlung geschlossen.

Obermendig. Hier fand am 23. April eine Besprechung der organisierten Steinarbeiter zwecks Gründung einer eignen Zahlstelle statt. Kollege Urmersbach gab in kurzem zu verstehen, wie notwendig die Gründung einer Zahlstelle in Obermendig sei. Er hatte die Begründung schon vorher an den Gauleiter, Kollegen Herrmann in Köln, brieflich geschickt. Derselbe hatte nichts dagegen einzuwenden. Bei der nun stattgefundenen Wahl wurden gewählt Jakob Schuhbach als Vorsitzender, Joseph Urmersbach als Kassierer, Joseph Siebenborn als Schriftführer, Heinrich Weiler und Georg Schäfer als Beisitzer. Im hiesigen Steinbruchsgebiet ist der Verband sehr ausdehnungsfähig. Nur muß eine intensive Agitationsarbeit eingeleitet werden. Die Löhne sind sehr verbesserungsbedürftig; hier heißt es schwere Arbeit leisten. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Urmersbach, daß die Kollegen ihre ganze Kraft für ein gutes Blühen und Gedeihen der neugegründeten Zahlstelle einsetzen, war die Tagesordnung erledigt.

Oschatz. Am 23. April hielt die Zahlstelle ihre erste Mitgliederversammlung auf dem Weinberg ab. Zum 1. Punkt nahm Kollege Franke das Wort. Er gab die Beschlüsse des Maikomitees bekannt. Ein Antrag, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Im 2. Punkte wurden die Versammlungstage festgelegt und wurde jeder dritte Sonntag im Monat bestimmt. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Hausagitation zu betreiben. Im 3. Punkt: Verschiedenes, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich an der Flugblattverbreitung betr. der Reichsversicherungsordnung zu beteiligen. Ferner wurde von einem Kollegen ausgeführt, daß noch in zwei Betrieben die elf- bezw. zwölfstündige Arbeitszeit bestehe. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Zentralvorstand davon in Kenntnis zu setzen, um hierin Schritte zu tun.

Reichenbach. (Terrorismus der Firma Deutsche Steinindustrie.) Gelingt es das erste Mal nicht, so muß es das zweite Mal gelingen, so hieß der Wahlspruch der Betriebsleitung. Genannter Firma ist es nunmehr gelungen, einige Arbeiter von ihrer jetzigen Arbeitsstelle wegzubringen. Die Firma Burger in Baumholder besitzt in Webern (Odenwald) einen Steinbruch. Der Bruchmeister hatte von den Ausgesperrten zehn Mann eingestellt, worüber die Deutsche Steinindustrie sehr erbost war. Kürzlich wurden den Leuten die Schuhe schon einmal vor die Türe gestellt, andern Tags die Sache jedoch wieder rückgängig gemacht. Am 15. April wiederholte sich dasselbe und die Entlassung wurde perfekt. Ob es was nützt, ist eine andre Frage. Mit solcher Nadelstichpolitik hemmt man keine Bewegung wie die gegenwärtige. Von den zehn aus ihrer Arbeitsstelle vertriebenen Mann sind wieder einige anderweitig untergebracht. Sogar die Herren der besseren Gesellschaft wollen noch Zwietracht unter die Reihen der Ausgesperrten säen, man geht sogar so weit, daß man einige zu Streikbrechern verleiten will. Aber jedes Tun und Treiben dieser Herrn wird mit einem glatten Nein beantwortet. Wir wollen es Herrn Römer ja gern glauben, daß ihm dieses mißglückte Unternehmen gegen die Arbeiter nicht sehr angenehm ist. Hat er sich nun die Suppe eingebrockt, mag er sie auch auslöffeln. Trotz der vielen Gegenmaßregeln, die er ergriffen hat, ist es ihm nicht gelungen, einen besonderen Druck ausüben zu können. Von den 117 Ausgesperrten sind nur noch 30 zu unterstützen. An die Arbeiter ergeht deshalb der Ruf, sorgt dafür, daß der Zusammenhalt auch forthin ein guter bleibt, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit muß zum Siege führen.

Wurzen. Am 22. April hielt die Zahlstelle Wurzen u. Umg. eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung im Gasthof zu Liptitz ab. Der Vorsitzende schilderte die Fortschritte der Zahlstelle. Es geht auch hier rastlos vorwärts. Der Kassierer gab dann den Kassenbericht. Es wurde alles in tadelloser Ordnung befunden. Einstimmig wurde Decharge erteilt. Kollege Kretschmar gibt einen recht übersichtlichen Bericht über die Vorkommnisse im Kartell. Kollege Walther vom Zentralvorstand gab uns einige vortreffliche Winke über taktische Maßnahmen. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Bei der Firma Zachmann ist nun das Uebermaß endgültig beseitigt. Lange hat es gedauert, um dieses Ziel zu erreichen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In Reinheim wurde wegen Streikbruch der Steinmetz Adam Kleinschmidt, geb. am 15. Januar 1875 zu Oberhausen, aus dem Verbande ausgeschlossen.

Große Submissionsausschreibungen.

In den letzten Tagen sind für die Steinindustrie bedeutende Ausschreibungen erfolgt. Unsre Kollegen haben sicherlich ein Interesse daran, zu erfahren, welche Steinquanten in Frage kommen. Es werden ausgeschrieben:

Tiefbauamt I in Düsseldorf. Lieferung von 12 000 Metern Bordsteinen aus Basaltlava, schweren Profils, für 1911 ungeteilt oder an mehrere Lieferanten getrennt.

Großherzogliche Bahnbauinspektion II in Karlsruhe. Zum Neubau der Eilguthalle im neuen Personenbahnhof in Karlsruhe: Steinhauerarbeiten (1. 7 Kubikmeter Granit, 2. 60 Kubikmeter grüngelber Sandstein).

Stadtbauamt in Oppeln. Los 1: 350 Kubikmeter Packlagesteine und 650 Kubikmeter Schottensteine, Los 2: 1350 Quadratmeter Granitkopfsteine 4. Klasse, 250 Quadratmeter 12/14 Granitwürfel, 7000 Quadratmeter Granitkleinpflastersteine, 250 Meter 25/30 Zentimeter breite Granitbordschwellen, 100 Meter 12 Zentimeter breite Granitbordschwellen, 3600 Meter 10/12 Zentimeter breite Granitbordsteine, Los 3: 1000 Kubikmeter Basaltbruchsteine.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung I in Schneidemühl. Lieferung von 2802 Tonnen Kopfsteinen 3. Klasse aus Granit in drei Losen zu je 934 Tonnen.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in Arnstadt. Lieferung und Verlegen von 60 Meter Bordsteinen und 38 Treppenstufen aus Granit.

Baubureau des Osthafens in Berlin. Werksteine aus Muschelkalk für den Osthafenspeicher in Berlin in der Nähe der Oberbaumbrücke, 260 Kubikmeter.

Israel. Religionsgemeinde in Mainz. 4. Hausteine und 6. Granitlieferung zum Neubau der Synagoge und des Gemeindehauses für die israelitische Religionsgemeinde in Mainz.

Kirchengemeinderat in Conweiler, Oberamt Neuenbürg. Zum Neubau der evangelischen Kirche u. a. Steinhauerarbeiten zu 4100 Mark.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung III in Frankfurt a. M. Werksteine aus Basaltlava und Granit für die vier Pfeiler der Mainbrücke, rund 40 Kubikmeter Granit und 1200 Kubikmeter Basaltlava, zusammen oder getrennt.

Postbaurat in Frankfurt a. M. Steinmetzarbeiten (Sandstein und Basaltlava) zu rund 6400 Meter zum Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstücke zu Biebrich.

Magistrat in Löbejün. Pflasterarbeiten von zirka 4500 Quadratmeter Straßen- und Bürgersteigpflaster und Lieferung von zirka 70 Kubikmetern Mosaikpflastersteinen.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt III in Königsberg i. Pr. Herstellung der Pflasterung der Militärrampe sowie des Zufuhrweges zu derselben auf Bahnhof Bartenstein, umfassend zirka 3300 Quadratmeter Kopfsteinpflaster (Rohschlag) oder Rundsteinpflaster einschließlich Lieferung der Steine.

Städt. Materialamt in Mannheim. Lieferung von 3500 Kubikmetern Pflastersteinen 1. Sorte und 400 Kubikmetern desgleichen 2. Sorte. Desgleichen 14 000 laufende Meter Granitrandsteine.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt I in Paderborn. 1200 Quadratmeter Pflastersteine (Grauwacke) für die Bahnhöfe Büren und Benninghausen.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung I in Schneidemühl, Bismarckstraße 47. Lieferung von 470 Tonnen Granitkopfsteinen 2. Klasse.

Stadtbauamt in Hamm (Westfalen). 6500 Kubikmeter weiterbeständige lagerhafte Steine zur Befestigung einer Flußböschung, Steinpackung.

Kgl. Kanalbauamt in Herne i. W. Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung der Straßenbefestigung der Brücke und der Rampen im Zuge der Ludwigsstraße in Herne (Pöppinghausen) in einem Lose. Die Leistungen und Lieferungen umfassen rund 445 Quadratmeter Granitsteinpflaster, 180 Meter Bordsteine aus Basaltlava, 36 Quadratmeter Granitolhplatten, 4370 Quadratmeter Chaussierung, 1800 Quadratmeter Fußwegbefestigung.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung in Oberhausen (Rheinland). Lieferung von 10 000 Tonnen Bruchsteinen aus Ruhrkohlensandstein zur Herstellung von 35 Zentimeter starkem Böschungspflaster für die Neubaustrecke Oberhausen-Hamborn-Walsum-Wesel.

Neubaubureau für den Amtsgerichtsneubau in Gießen. Los 2: Steinhauerarbeiten: 610 Quadratmeter Basaltlavasockel und 4,5 Kubikmeter Treppenstufen aus Basaltlava.

Das sind ganz annehmbare Lieferungen, welche hier zur Ausschreibung gelangen. In der Steinindustrie ist jetzt überall flotter Geschäftsgang zu verzeichnen. — Aus Kollegenkreisen gehen uns sehr oft Schreiben zu, daß wir bekannt geben sollen, welche Unternehmer die Arbeiten übertragen erhalten. Dieses können wir nur in den wenigsten Fällen feststellen. Die Baubehörden weigern sich meistens, dementsprechende Auskunft zu geben.

Rundschau.

Die „notleidende" Steinindustrie. Gerade zur rechten Zeit, um die Redensarten von der notleidenden deutschen Pflastersteinindustrie im Reichstage zu illustrieren, kommt der Geschäftsbericht der Odenwälder Hartstein-Industrie A.-G. in Darmstadt. In demselben heißt es wörtlich (nach dem Berl. B.-C.):

„In Pflastersteinen war das ganze Jahr über rege Nachfrage; dies gilt namentlich für das sogenannte Kleinpflaster. Die Gesellschaft hat ihre Produktion hierin bedeutend gesteigert und zu guten Preisen flotten Absatz gefunden. Der Absatz in Großpflastersteinen kann ebenfalls als befriedigend bezeichnet werden. Das Geschäft in Steinen für Wasserbauten bewegte sich das ganze Jahr über nur in mäßigen Grenzen. Die Plattenfabrik hat ebenfalls zufriedenstellend gearbeitet, trotzdem dieser Zweig unter der herrschenden Bauarbeiteraussperrung zu Anfang des Jahres zu leiden hatte. Versand und Umsatz haben im Berichtsjahre weiter zugenommen; die Abfertigungen betragen 459 393 Tonnen, der Ueberschuß auf Produktionskonto 385 091 Mk. (i. V. 352 279 Mk.). Unkosten, Zinsen usw. erforderten dagegen 121 413 Mk. (108 699). Zu Abschreibungen wurden 144 085 Mk. (124 227) verwandt. Einschließlich 5006 Mk. (3268) Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 126 866 Mk. (124 210), der wie folgt verteilt werden soll: Reserve 6093 Mk. (6047), 7 Prozent Dividende gleich 98 000 Mk. (wie i. V.), Tantiemen 18 551 Mk. (15 157) und Vortrag auf neue Rechnung 4222 Mk. (5006). In der Bilanz erscheinen u. a.: Effekten 110 887 Mk. (46 012), Vorräte 103 197 Mk. (152 557), Bankguthaben 177 480 Mk. (146 178), Debitoren 222 222 Mk. (222 896), Kassa 3123 Mk. (3109) und Kreditoren 24 062 Mk. (78 625). Ueber die Aussichten führt die Verwaltung folgendes aus: Im laufenden Jahre ist die Nachfrage nach Wegebaumaterialien bisher ziemlich lebhaft gewesen; wir sind mit genügenden Aufträgen versehen, und der Versand hat sich bis jetzt in zufriedenstellender Weise entwickelt. Da die Verkaufspreise durchweg etwas anziehen, ist zu hoffen, daß wir auch für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis erzielen werden, wenn nicht besondere ungünstige Momente dasselbe beeinträchtigen sollten."

Trotz aller und recht verschiedener Abschreibungen noch immer 7 Prozent Dividende; dabei läßt es sich schon noch als Aktionär leben. Davon könnten sogar, wenn der gute Wille vorhanden wäre, den Arbeitern noch einige Prozente zugute kommen. Dieser Abschluß paßt recht schlecht zur Darstellung der Steinindustriellen, daß die Pflastersteinbruchbetriebe nicht rentieren.

Die Linzer Basaltwerke haben im Jahre 1910 mit einem Reingewinn von 656 218 Mk. abgeschlossen. Zur Abschreibung gelangten 463 214 Mk. Die Linzer Werke liefern sehr viel Steinprodukte nach Holland.

Die Rheinisch-westfälischen Kalkwerke in Dornap haben im Vorjahre 10 Proz. Dividende verteilt. Für 1911 liegen große Aufträge vor.

12 Proz. Dividende verteilt für das verflossene Jahr die 1. bayrische Basaltstein-Aktiengesellschaft Bayreuth. Mit solchen Ueberschüssen läßt sich's schon leben.

Unverständliche Differenz. Die Stadt Berlin vergab am 15. März 6000 Quadratmeter Granitpflastersteine. Es forderten pro Quadratmeter:

F. B. Neumann, Görlitz	2.85 Mk.
v. Veltheim, Ostrau	3.30 „
Völker & Nicolaier, Breslau	3.40 „
G. Riedel, Berlin	3.45 „
E. Böhm, Schöneberg	4.04 „
Berger, Löbejün	4.50 „
Jul. Ernotte, Berlin	4.60 „
C. Kulmitz, Striegau	4.80 „
H. Werner	4.81 „
R. Herrmann, Südende	5.— „
K. Sparmann & Co., Dresden	5.— „
Fr. Zachmann, Leipzig	5.35 „
C. G. Kunath, Dresden	5.40 „

Es handelt sich anscheinend um minderwertige Sorten, aber das Görlitzer Angebot ist uns unverständlich.

Das Recht der Gewerkschaften, sich vor unlauteren Elementen zu schützen, wurde am Donnerstag vor dem Leipziger Schöffengericht behandelt und anerkannt. Der Schlosser Kühnert wollte beleidigt sein, weil der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Metallarbeiterzeitung bekannt gemacht hatte, daß Kühnert wegen Denunziation nicht wieder in den Verband aufgenommen werden könne. Der Beleidigung angeklagt war der Redakteur der Metallarbeiterzeitung, Genosse Scherm in Stuttgart. Scherm wies darauf hin, daß er laut Anstellungsvertrags verpflichtet sei, die ihm vom Verbandsvorstand übermittelten Notizen aufzunehmen. Er sei früher schon einmal vom Schöffengericht in Berlin in einem ganz gleichen Falle zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, das Land- und Kammergericht habe ihn aber freigesprochen, da ihm der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt worden sei. Man habe anerkannt, daß statutengemäß solche Warnungen zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden müßten, und Scherm sei verpflichtet, die vom Vorstand ausgehenden Warnungen im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Scherm führt weiter an, daß er weder berechtigt noch in der Lage sei, die Richtigkeit der Notizen nachzuprüfen, außerdem sei der Ausdruck „Denunziation" hier nicht im verächtlichen Sinne gefallen.

Das Leipziger Schöffengericht berücksichtigte diese Darlegungen und schloß sich in seiner Rechtsauffassung dem preußischen Kammergericht an. Es sprach Scherm auch in dem vorliegenden Falle frei.

Christliche Verleumder. Der Vorsitzende einer christlichen Hilfs- und Transportarbeiterversammlung in Augsburg, Käsesalzer Müller, hatte die Behauptung aufgestellt, die Führer der freien Gewerkschaften suchten die Streiks möglichst lange hinauszuziehen, weil sie davon materielle Vorteile hätten. So habe der Gewerkschaftssekretär Händel den vor einigen Jahren stattgehabten Käserstreik so lange hinausgezogen, weil er täglich zehn Mark Extraentschädigung erhalten habe. Händel erhob Klage, und vor Gericht leugnete der christliche Arbeiterführer, die Bemerkung gemacht zu haben. Das Gericht sah aber den Beweis für erbracht an und verurteilte Müller zu 6 Mk. Geldstrafe. Die Strafe wurde so gering bemessen, weil man die Versammlung als eine nicht öffentliche ansah.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 17. bis mit 22. April 1911.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Reichertshafen, B. 12.—. Berlebeck, B. 9.80. Velpke, B. 5.—. Stargard, B. 2.—. Lüderitz, B. 1.10. Ostrowo, B. 5.20. Hilmersdorf, B. 14.25. Dziergowitz, B. 7.20. Aue, Ins. 28.60. Gommern, Ab. 2.80. Triebel, Ins. 4.40. Zell, B. 170.—, E. 2.50, K. 10.—. Wetzlar, B. 89.75. Ulm, B. 198.34, K. 0.90. Sternenfels, B. 178.08, E. 1.50, K. 25.50. Stuttgart, B. 168.—, E. 0.75, K. 32.50, M. 5.—. Sebnitz, B. 178.08, E. 1.50, K. 17.30. Seussen, B 488.67. Sparneck, B 180.32, K. 5.10. Reichenbach, B. 252.—, K. 36.50. Roth a. S., B. 118.52, K. 1.80. Osterwald, B. 117.50, E. 0.50, K. 7.70. Ochsenfurt, B. 323.08, K. 17.—, E. 26.50. Niederlamitz, B. 711.26, E. 3.—, K. 31.70. Neuhaus, B. 39.62, K. 4.30. Neusorg, B. 58.80, K. 3.45. Mülheim, B. 129.60, K. 0.40. Münster, B. 144.—. Ludwigshafen, B. 42.—, K. 5.90. Lerbach, B. 37.75, E. 3.—, M. 1.—. Lahr, B. 34.—, K. 0.50. Kelbra, B. 42.—, K. 8.25. Kronach, B. 27.30, K. 1.20. Jannowitz, B. 168.—, K. 30.75. Heidingsfeld, B. 33.25. Heidelberg, B. 40.—, K. 1.25. Höchst a. M., B. 89.04, E. 2.—, K. 4.60, M. 14.20. Hannover, B. 474.50, M. 0.40. Höpfingen, B. 42.—, E. 5.—, K. 1.30. Hanzenberg, B. 183.—, E. 4.—, K. 7.—, M. 6.—. Faulbach, B. 126.—, E. 5.—, K. 30.—. Demitz, B. 588.—, E. 0.75, K. 6.50. Cöln II, B. 6.75. Cunewalde, B. 541.98, E. 18.50, K. 22.30. Cassel, B. 396.—, E. 4.—. Bischofswerda, B. 42.—, K. 2.25. Breslau, B. 300.—. Alsleben, B. 1.35, M. 0.90. Alsenz, B. 65.52, K. 0.50, K. 25.70. Bickenbach, B. 8.40, K. 1.35. Demitz, B. 906.—, E. 25.25, K. 33.50. Erstein, B. 17.50, K. 1.90. Edenstetten, B. 85.—, E. 5.—, K. 20.10. Eichenbühl, B. 65.44, E. 11.50, K. 8.60. Floß, B. 257.46, K. 29.10, M. 2.—. Görlitz, B. 17.25. Hamburg II, B. 500.—, E. 10.—, K. 20.—, M. 2.—. Höchst (Odenw.), B. 41.48, E. 0.50. Kronach, B. 2.94, K. 15.10. Münster, B. 102.—, E. 10.—, K. 20.—, M. 4.—. München, B. 705.—, K. 24.25. Münchberg, B. 95.76, E. 1.—, K. 4.70. Negenborn, B. 136.—, K. 2.—. Oberdorla, B. 92.80, E. 8.—, K. 22.20. Reiffenhausen, K. 15.20, M. 2.80. Springe, B. 23.10, K. 0.90. Stadtprozelten, B. 21.—, E. 1.50. Wetzlar, B. 56.25. Wolfshagen, B. 84.—. Kirnbach, Ab. 1.20. Pölzig, B. 16.—. Remscheid, B. 4.20. Weißenfels, B. 3.80. Ortrand, B. 3.—. Merseburg, B. 4.80. Niederoderwitz, B. 4.—. Fürstenwalde, B. 2.—. Rölsfeld, B. 35.18, E. 1.50, K. 3.40. Pilgramsreuth, B. 252.—, E. 2.—, K. 20.50. Niedermendig, B. 133.84, K. 7.50. Frankfurt a. O., B. 28.50. Coblenz, B. 48.80. Alsleben, B. 117.65, K. 1.35. Andlau, B. 202.45, M. 0.40. Höchst (Odenwald), B. 17.—, K. 10.—. Löbau, B. 312.—, K. 30.—. Mayen, B. 102.—. Mülhausen (Els.), B. 730.90, E. 3.75, K. 49.10. Oberpetlau, B. 291.92, E. 3.—, K. 16.40. Auffig, Ins. 5.60. Greifswald, B. 4.—. Elsterwerda, B. 4.90. Arnstadt, Ins. 2.80. Trier, B. 51.38, E. 1.50, K. 4.—. Seussen, B. 105.05, E. 1.50, K. 32.20. Posen, B. 124.—, E. 0.50, K. 7.—, M. 0.50. Mayen, B. 136.—, E. 10.50, K. 10.—. Görlitz, B. 260.11, E. 5.—, K. 10.—. Frickenhausen, B. 50.—, E. 5.50. Frankfurt a. M., B. 520.—, K. 30.—, M. 22.—.

Berichtigung. In der Nr. 14 des „Steinarbeiter" muß es unter Hemsbach heißen: B. 183.58, E. 10.—, K. 10.80.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Neuwied. Die Kollegen Ernst Kalt aus Tingen und Adam Heuser aus Montabaur, mögen ihre Adressen einsenden.

Fritz Schlepütz, Vertrauensmann.

Mülheim. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Steinmetzen Franz Schaffarzick, geb. am 29. April 1892 in Ludgerstal, zukommen zu lassen. Gottfr. Oepens, Kassierer.

Offenbach. Zureisende Kollegen müssen sich vor dem Aufsuchen der Plätze beim Vorsitzenden der Zahlstelle melden.

Kesselsdorf. Ersuche die Kollegen, die mit mir in Wallisfurth gearbeitet haben, schleunigst ihren Verpflichtungen nachzukommen, damit ich mit der Zahlstelle Rückers abrechnen kann.

Jakob Rammusse, Wenig-Rackwitz
Kreis Löwenberg (Schlesien).

Hockenau. Das Verbandsbuch nebst Reisekarte des Kollegen Gerhard Richter, geb. am 18. Oktober 1867 in Becke, ging verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Birkenfeld. Mehrere Abgereiste haben noch Rückstände zu regulieren. Die Ortsverwaltung.

Kappelrodeck. Der Steinmetz Franz Stadler hat hier sein Buch liegen lassen. Der Vorstand.

Adressen-Aenderungen.

Hockenau. Kass.: Adolf Anders, Hartliebsdorf (Kreis Löwenberg).

Posen. Kass.: E. Simon, Moltkestraße 23, H. pt.

Mayen. Kass.: Joh. Fischer, Buresheimer Straße 1a.

Schupbach bei Limburg. Vors.: Heinrich Völker. Kass.: Otto Jung.

Zöblitz. Kass.: Georg Güttner, Freiberger Straße 98.

Crawinkel. Vors.: Christian Huck, Gossel. Kass.: Hermann Winkler, Gossel.

Kiel. Vors.: E. Pollin, Klotzstraße 8, III. r.

Briefkasten.

☛ Bis längstens den 3. Mai haben uns die Vertrauensleute über die abgehaltenen Maifeiern zu berichten. Postkartenübersendung genügt. Die umständliche, oft unverständliche Referatskizzierung ist zwecklos. Redaktion.

*

Kamenz. Am 30. April unmöglich. Vielleicht später. — **M. in D.** Wir glauben kaum, daß Du mit einer Klage durchdringst. — **Hemsbach.** Zu unwesentlich. — **Ebelsbach.** Hochzeitsgratulationen nehmen wir nicht mehr auf. — **R. in Sch.** Den Versand der Broschüren werden die Gauleitungen mittlerweile schon bewerkstelligt haben.

Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Montag, den 1. Mai 1911, vormittags 10 Uhr

Grosse Fest-Versammlung.

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Vortrag über:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Kollegen aller Branchen, erscheint ohne Ausnahme und bringt eure Frauen mit! Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr

Versammlung der Grabsteinarbeiter

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung: Der Stand unserer Tarifbewegung.

Kollegen, agitiert für guten Besuch!

Die Ortsverwaltung.

~~In unübertroffen **einfacher** und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker** das an den betr. Fachschulen gelehrte Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.~~

Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl

empfiehlt zu billigen Preisen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Preisliste gratis und franko.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende **gratis!**

Lieferung sofort.

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtigen Gehilfen

auf Grabdenkmäler, der auch Schrift hauen kann, stellt sofort ein

August Grawe, Greifenberg (Pommern).

Steinmetz

für Bau- und Grabsteinarbeit sucht noch sofort

August Frühauf, Steinmetzmeister, **Apolda.**

Tüchtige Steinmetzen

geübt in der Bearbeitung der verschiedensten Hartgesteine, werden sofort eingestellt. Bezahlt wird nach dem Fichtelgeb.-Normaltarif.

Künzel & Schedler, Granitwerke

Schwarzenbach (Saale).

Tüchtige Steinmetzen

für scharierte Arbeit in mittelhartem Sandstein für sofort gesucht. Bunzlauer Tarif wird bezahlt.

Albert Schubert, Steinmetzmeister

Waldenburg (Schlesien).

Zwei Steinmetzen

sofort gesucht für Granit, Sandsteine sowie Schrifthauen.

Paul Casper, Jarmen (Pommern).

1–2 tüchtige Steinmetzen

stellt sofort bei hohem Lohn ein

Heinrich Lochner, Stein- u. Bildhauerei

Vacha a. d. Werra (Sachsen-Weimar-Eisenach).

Zwei Steinmetzen

Schrifthauen erwünscht, sofort gesucht.

Otto Menke, Steinbildhauerei, **Lüneburg.**

Suche sofort bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung

Mehrere geübte Maschinenschleifer

auf Marmor (Rundschleifmaschinen).

Fr. Wachsmuth, Bremen, Häfen Nr. 12–15.

Maschinenpoliseur und Marmorsteinmetzen

gesucht von **F. John & Sohn, Leipzig, Freiladebahnhof.**

Tüchtigen Steinmetzen

für Bauarbeiten, auch Versetzen, stellt sofort ein

Emil Leske, Steinmetzgeschäft

Bromberg, Brenkenhofstraße 4.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden).

In **Bischofswerda** am 15. April der Kollege **Max Schlenkrich,** 30 Jahre alt, an einem Unglücksfall.

In **Chemnitz** am 18. April der Kollege **Max Uhlig,** 44 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Ebendaselbst am 14. April der Kollege **Eduard Felber,** 67 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Mittweida** am 16. April der Kollege **Paul Schmidt,** 38 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Mülheim** am 12. April der Kollege **Traugott Otto,** 34 Jahre alt.

In **Niedermendig** am 12. April der Kollege **Michael Kronenberger,** 30 Jahre alt, an Blutsturz.

In **Pirna** am 20. April der Kollege **Emil Robert Wehner,** 45 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Röthenbach** (Zahlstelle Seussen) am 17. April der Kollege **B. Haubner,** 32 Jahre alt, an einem Magenleiden.

In **Unsen** am 10. April der Kollege **Friedrich Held,** 34 Jahre alt, an Schädelbruch.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 17. Sonnabend, den 29. April 1911. 15. Jahrgang.

Maimorgen.

Die Lerche steigt im Feld.
Schon blitzt die Sonne überm Wald.
Steh auf, du Mann der Last.
Steh auf, du Frau der Sorgen;
Es geht ein Tönen durch die Welt,
Das ladet euch zu Gast.

Der scheue Kuckuck ruft.
Durch zartes Birkenzweiggeblink
Ein Pfauenauge glitt.
Fliegt aus, ihr blassen Kinder!
Im Walde jubeln Star und Fink,
Fliegt aus! Und jubelt mit.

Der Trommler schlägt das Fell.
Was zieht die Straße dort herauf?
Hei, Mädel und Gesell.
Wie leuchten rot die Fahnen!
Maisonne blitzt an ihrem Knauf
Und in den Augen hell.

Wo ist die Trübsal, wo?
Die Freude schreitet stark und kühn
Heut mit dem Sonnengang
Rings um die weite Erde.
Und brausend klingt und maienfroh
Ihr Welterobrersang.

Durchs Fenster starrt der Haß.
Die Rache brütet dumpf am Tisch
Mit Fäusten, zorngeballt:
Weh, wenn die Sklaven lachen!
Dem ist der Mut noch jung und frisch,
Der singend zieht zum Wald.

Weh, wenn der Knecht sich freut!
Wir drückten sie, daß Gott erbarm,
Mit aller schweren Not.
Wir preßten ihre Seelen
Mit Arbeit, Hunger und Gendarm
Und kriegen sie nicht tot.

Auf dem Kasernenhof
Stehn sie bewehrt in Reih und Glied,
Die unsre Brüder sind.
Es drohen die Kanonen.
Herüber klingt das Maienlied.
Sie drohen in den Wind ...

Der Trommler schlägt das Fell.
Wie laut die Flöte jubiliert:
Der Mai ist ein Rebell!
Er schwenkt die Freudenfahnen,
Er weckt die bangen Zweifler auf
Und ruft sie zum Appell.

Der Alltag weckt den Zorn.
Die graue Stunde senkt wie Blei
In unsre Brust den Groll.
Doch stärker ist die Freude,
Die siegesfröhlich wie der Mai
Aus Kämpferseelen quoll.

Die Drossel singt im Strauch.
Wie glänzt die Hecke weiß und bunt!
Und Blüten Baum an Baum!
So blühen unsre Herzen,
So singt beseligt unser Mund
Vom Ende aller Schmerzen.

E. P.

Die schwedische Steinindustrie.

I.

Einleitung.

Gelegentlich der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Schweden wurde auf die Steinindustrie des letzteren Landes sehr oft Bezug genommen. Unsre Steinindustriellen wiesen in ihren Zeitungspolemiken sehr oft darauf hin, daß in Schweden die Steinarbeiterlöhne recht gering seien, und daß ferner — Zuchthäusler in den Brüchen Verwendung finden würden. Es ist ja ganz erklärlich, das verlangt schon der kapitalistische Interessenstandpunkt der deutschen Unternehmer, daß sie die schwedischen Verhältnisse in der Steinindustrie so zur Darstellung brachten, um möglichst die Regierungskreise für einen Pflastersteinzoll begeistern zu können. —

Bei der umfangreichen Debatte über die Zollfrage empfand ich es als Schwäche, daß ich die schwedische Steinindustrie in ihren Einzelheiten nicht aus eigener Erfahrung kannte. Da lag es sicherlich im Interesse der deutschen Steinarbeiter und im speziellen Interesse der Kollegen der Hartsteinbranche, daß unsre Verbandsleitung dem Antrag zustimmte, ein Mitglied des Zentralvorstands nach Schweden und Norwegen zu delegieren, um an Ort und Stelle die einschlägigen Verhältnisse studieren zu lassen. Da dem Berichterstatter die deutsche Hartsteinindustrie aus seiner früheren langjährigen Tätigkeit als Steinmetz und aus seiner verbandsamtlichen Funktion (durch Agitationsversammlungen und Streiks) bis ins Detail bekannt ist, so war diesem besonders daran gelegen, mit den gewonnenen Eindrücken Vergleiche und Schlußfolgerungen zwischen der schwedischen und deutschen Steinindustrie anzustellen. — In den deutschen Granitschleifereien wird so viel farbiges „Rohmaterial" aus Skandinavien verarbeitet, daß es eigentlich schon aus diesem Grunde nichts schadete, wenn man die Gewinnung dieser Materialen in Augenschein nahm, um darüber im „Steinarbeiter" zu berichten. — Die Handelssachverständigen der Regierungen besuchten die Steinbruchsgebiete im südlichen Schweden, mir lag daran, mehrere Steinbruchsdistrikte kennen zu lernen, weil man dadurch zu sicheren Allgemeinschlüssen gelangt. Daß ich nicht mit den Regierungskommissaren reiste, ist wohl klar. —

Die Informationsreise dauerte drei Wochen, und es soll nun in mehreren Artikeln versucht werden, die gewonnenen Eindrücke wiederzugeben. Es ist selbstverständlich, daß ich mich der größten Objektivität befleißige, und wo mir eine schiefe Darstellung unterlaufen sollte, geschieht es sicherlich nicht aus Böswilligkeit. — Unsre schwedische Bruderorganisation, der „Stenhuggareförbundet", mit dem Sitz in Halmstad, hielt die Reise des deutschen Organisationsvertreters für so wichtig, daß er aus eigener Initiative für die Reise nach den Bruchgebieten der Westküste und nach dem norwegischen Labradorsteinbruchgebiet in der Person des intelligenten Pflastersteinbossierers und Zentralvorstandsmitglieds Karl Anton Johannsson einen Dolmetscher stellte. Bei der Sammlung statistischen Materials konnte nur die Mithilfe der Bruderorganisation in Betracht kommen und ich werde unumwunden auch das zur Darstellung bringen, was mir in den Steinbruchsgebieten nicht gefallen hat. — Die Besichtigung der Anlagen und Werkstätten wurde mir beinahe überall gestattet, einige Schwierigkeiten gab es nur dort, wo Deutsche als leitende Persönlichkeiten fungieren. — Wenn ich mündlich um die Erlaubnis nachsuchte, Zutritt zu den Betrieben zu erhalten, geschah es in kurzer bündiger Weise, eine besondere Kniebeuge wurde nicht gemacht; desgleichen schied eine briefliche Anfrage wegen der Betriebsbesichtigung meinerseits aus taktischen Gründen ohne weiteres aus.

Bedeutung der Steinindustrie, Zahl der Arbeiter.

In Schweden finden wir einen großen Reichtum an brauchbaren, natürlichen Gesteinen. Besonders die Hartgesteine haben für die dortige Volkswirtschaft eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Kalkstein könnte in großen Massen gewonnen werden auf den Inseln Oeland und Gotland. Aber dieses Sedimentgestein ist im Gegensatz zu den deutschen Kalksteinsorten sehr hart. Die Verarbeitung wird meistens recht kostspielig sein und Export kommt nicht in Frage. Auf Gotland wird auf der Westseite ebenfalls Sandstein gewonnen, doch ist dieser Stein durchwegs viel härter wie unsre Sorten; seine Farbe ist rötlich, häufig mit weißen Strichen durchschossen. Die Hauptgewinnungsorte für Sandstein befinden sich bei Burgsviks. — In der Nähe von Norrköping wird Marmor gewonnen, doch kann sich dieser mit den italienischen und griechischen Gesteinen nicht im entferntesten messen. Auch mit den im Lahntal gewonnenen Sorten kann er keinen Vergleich aushalten. — Wenn von der schwedischen Steinindustrie die Rede ist, so ist damit in erster Linie die Hartsteinbranche zu verstehen. Die paar betriebenen Sand-, Kalk- und Marmorsteinbrüche spielen eine nur untergeordnete Rolle.

Ueber die Zahl der schwedischen Betriebe und Arbeiter gibt folgende Tabelle Auskunft:

Jahr	Betriebe	Arbeiter
1883	23	1 054
1889	52	2 311
1895	124	6 379
1896	196	8 227
1897	189	8 713
1898	206	10 058
1899	226	11 074
1900	228	11 697
1901	229	11 646
1902	226	11 775
1903	257	11 422
1904	273	11 388
1905	299	12 346
1906	300	11 985

Leider stehen uns neuere Daten nicht zur Verfügung, aber die Entwicklung würde wahrscheinlich eine aufwärtssteigende Tendenz nicht aufweisen. Die Steinindustrie hat dort ihren Höhepunkt erreicht, genau so, wie es beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Es ist deshalb eine enorme Uebertreibung, wenn in der deutschen Fachpresse auf die zukünftige Entwicklungsfähigkeit der schwedischen Steinindustrie verwiesen wird. Gewiß, an den Granitlagerungen würde es nicht fehlen, solange aber die andern Länder hohe Schutzzölle für Steinprodukte festsetzen, solange ist ein weiteres Ausdehnen der schwedischen Steinindustrie beinahe völlig undenkbar. Doch darüber später.

Aus der ziffernmäßigen Aufstellung ergibt sich zweierlei:

1. Die schwedische Steinindustrie hat seit dem Jahre 1899 eine merkliche Zunahme nicht mehr aufzuweisen.
2. Die Zahlen zeigen ferner, daß in der deutschen Steinindustrie mindestens 130 000 Personen mehr beschäftigt sind.

Deutschland zählt nach der Gewerbe- und Betriebszählung 1907 15 096 Steinmetz- und Bruchbetriebe mit 155 803 Arbeitern. Wie bescheiden nimmt sich die schwedische Steinindustrie gegenüber diesen imponierenden Zahlen aus.

Was mir in Schweden besonders mißfiel, das war, daß in der Steinindustrie eine Unmenge Aktiengesellschaften existieren. Diese Gründungen sind meistens Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Schwung gekommen. Heute führen viele davon ein ganz jämmerliches Dasein, denn die liebe Konkurrenz der schwedischen Werke „untereinander" ist eine sehr bedeutende. Wenn vor zehn Jahren eine neue Steinbruchseröffnung projektiert war, dann wurde der nötige Reklamerummel in der Presse unternommen, um Aktionäre anzulocken. Die kleineren Leute (die wir in Deutschland als Mittelständler bezeichnen) dürften dort als Aktionäre sehr stark in Frage kommen.

Von den Aktiengesellschaften seien folgende genannt:

	Kapital in Kronen	Zahl der Arbeiter
Aktienbolaget Anderssons Mechaniska Stenhuggeri, Stockholm	200 000	60
Aktienbolaget Bröderna Flinks, Västervik	115 000	130
Aktienbolaget Gunnersohns Stenhuggerier, Lysekil	220 000	350

Am 1. Mai.

Am 1. Mai jeden Jahres demonstriert die internationale Arbeiterschaft in Schrift und Wort für ihre großen Kulturideale. In ihrer täglichen, rastlosen, Werte schaffenden Arbeit, in ihrem nie ruhenden Bemühen, schon der Jetztzeit etwas Menschentum abzuringen, atmet sie gleichsam auf und bekräftigt nach außen hin ihren welterobernden Willen. Mag der einzelne den Tag äußerlich zum Festtag machen oder nicht, mag er die Hände ruhen lassen oder im Zwange der Abhängigkeit seine Stunden mit der gewohnten Alltagsbeschäftigung füllen — Geist und Gefühl feiern diesen Tag in dem Bewußtsein, Mitkämpfer, Mitstrebender zu sein in der großen Armee, die die Leiden der Lohnsklaven in der Gegenwart mildern, die eine freie, sonnige Zukunft schaffen will.

Am 1. Mai überschaut man in Gedanken unwillkürlich den zurückgelegten Weg und mißt ihn an den Forderungen des Tages. Und die Fragen stehen wohl auf: Kommen wir weiter? Sind wir auf der richtigen Straße, die praktische Erfahrung und theoretisches Erkennen uns vorschreiben?

Man kann diese Fragen für die gesamte internationale Arbeiterschaft leider nicht rundweg bejahen. In einigen Nationen herrscht eine bedauerliche Zerklüftung in den Meinungen und, was schlimmer ist, Ungeschlossenheit im Kampf. Großenteils sind es Kinderkrankheiten, die wir in Deutschland glücklich hinter uns haben. Und wenn auch bei uns noch mehr gestritten wird als nötig ist, so können wir doch mit frohem Stolz auch an diesem 1. Mai konstatieren: die freie deutsche Arbeiterbewegung ist die Bewegung eines Körpers, einer Armee, einer Macht.

Alle Versuche, diese Macht zu spalten, in einzelne Teile zu zersplittern, um dann mit diesen Teilen desto eher fertig zu werden, sind schmählich mißlungen. Vielmehr bewahrheitet sich auch an ihr das naturwissenschaftliche Gesetz, daß die Anziehungskraft eines Körpers mit seiner Masse wächst.

Auch das Bestehen christlicher, polnischer, Hirsch-Dunckerscher Organisationen — von den ekelhaften gelben Streikbrecherverbänden ganz zu schweigen — ändert nichts an der Tatsache, daß die freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen die deutsche Arbeiterbewegung sind, d. h. die einzige, die voller Ernst und Nachdruck die Interessen der arbeitenden Klasse wahrnimmt und darum die bei weitem bedeutendste Werbekraft entfaltet.

Die Logik der Tatsachen, die Lehre der Erfahrungen sprechen mit deutlicher Stimme, und der immer wiederholte Anschauungsunterricht, den unsre Kämpfe auch den Zweifelnden oder Fernerstehenden geben, zwingt zu der Erkenntnis, daß der Eroberungswille der deutschen Arbeiterklasse sich die einzig mögliche Kampfform geschaffen hat und daß ihre besten Erfolge auf ihr basieren.

Den jüngeren Mitgliedern namentlich mag es zuweilen scheinen, als sei das Erreichte gering — und ganz gewiß ist es ja, daß wir alle noch mehr und größere Erfolge wünschen. Aber man soll die Größe des Errungenen doch nicht allein an den Wünschen, sondern vor allem auch an den Schwierigkeiten des Weges messen. Wer sich diese recht vergegenwärtigt, der muß sagen: es ist ein gewaltiges Stück Arbeit getan.

Was heute in den meisten Berufen eine Selbstverständlichkeit ist: daß die Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen in aller Form mitsprechen, das ist ehemals ein schöner Traum gewesen. Ein Traum, den die Bewegung zur Wirklichkeit gemacht und damit die prinzipielle Grundlage für die weitere Entwicklung geschaffen hat.

Wie manche Position, die unter günstigen Konjunktur- oder Saisonverhältnissen errungen wurde, mußte nach dem Schwinden dieser günstigen Umstände widerstandslos aufgegeben werden — ein Rückgang, den unsre Organisationen von heute doch fast allgemein zu verhindern wissen.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat den aufreibenden Kleinkrieg wesentlich eingeschränkt, hat stabilere Verhältnisse geschaffen und das Schlachtfeld zu großen, entscheidenden Kämpfen freigemacht, die von beiden Seiten mit Hartnäckigkeit geführt werden und den Einsatz aller Kräfte erfordern.

Die immer wieder zum Vorschein kommende Tendenz des Unternehmertums, den Einfluß unsrer Organisation auf die Arbeitsbedingungen auszuschalten oder doch nach Möglichkeit zu verringern, ist ein hoffnungsloses Beginnen, weil sich allen Vorstößen nach dieser Richtung hin die geschlossene Kraft der stark gewordenen Gewerkschaften entgegensetzt.

Diese Stärke ist auch eine Garantie dafür, daß wir das wirtschaftliche Hauptideal der Maidemonstration — den Achtstundentag — einst verwirklichen werden. Mögen manche Leute das heute noch eine „Utopie" nennen — der Zehn- und Neunstundentag waren auch einmal „Utopien" und haben sich inzwischen zu schönster Wirklichkeit gestaltet. Es gibt keine Propheten, die uns das Kalenderjahr der Erfüllung im voraus bestimmen können, aber es wird kommen. Jede große Bewegung hat und muß haben ein großes Ziel, das im Bereich des Möglichen liegt, und dessen Erreichung in erster Linie abhängig ist von der Macht dieser Bewegung. Sie stärken, sie mit allen Kräften fördern, heißt darum für Gegenwart und Zukunft arbeiten. Jede halbe Stunde, die wir der Lohnsklaverei abzwacken, wird zu einer neuen Quelle unsrer Kraft. Die Stärke der Bewegung gebiert neue Stärke. In dieser notwendig fortwährenden Verjüngung liegt die Gewähr für unsern zukünftigen Sieg.

So überschauen wir denn am heutigen Maitag unser Feld mit frohem Blick und sehen die Saaten der Hoffnung sprießen. Und wir sehen auch, wie auf politischem Gebiet die reichen Keime, die planvolle Tätigkeit in den Acker gesenkt, in die Halme schießen und eine Zeit der Ernte versprechen.

Es ist ein beliebter Taschenspielertrick unsrer Gegner, immer wieder von der negativen Tätigkeit der Sozialdemokratie zu reden. In Wirklichkeit sind sie es, die dem positiven Geist die Wirksamkeit versagen. Wer die Verhandlungen in den Parlamenten verfolgt, der weiß, daß die Feinde der Arbeiterschaft mit ängstlicher Beflissenheit bemüht sind, jeden positiven Erfolg unsrer Vertreter zu verhindern, selbst dann, wenn er ihnen praktisch keine oder nur geringe Beschwerden verursachen würde. Man will diese Erfolge nicht, weil man ihre agitatorische Wirkung fürchtet. Noch mehr: überall, wo die positive Arbeit der aufstrebenden Klasse vordringt, werden künstliche Schranken errichtet.

	Kapital in Kronen	Zahl der Arbeiter
Aktienbolaget Hummersbergs Nya Stenhuggeri, Stockholm	38 000	30
Aktienbolaget Lanna Stenhugg., Stockholm	200 000	222
Aktienbolaget H. L. Liepe & Sohn, Göteburg	61 000	40
Aktienbolaget Övedsklosters Sandstensbrott, Öved	160 000	100
Bohuslänska Granitkompanie, Strömstad	185 000	75
Carlskrona Granitaktiebolag., Carlskrona	60 000	200
Granitaktienbolaget G. A. Gullgrens Änka, Uddevalla	1 000 000	1200
Nya Marmorbruksaktienbolaget, Norrköpping	150 000	150
Schylanders Aktienbolaget, Oskarshamm	230 000	200
Skandivaska Granitaktienbol., Halmstad	1 800 000	1091
Smögens Aktienbolaget, Grafverne	141 500	118
Svenska Granitindustrieaktienbolaget, Stockholm	1 409 000	600
Svenska Granitindustrie och Skeppsrederei Aktienbolaget, Carlskrona	1 750 000	900
Svenska-Tyska Granitaktienbol., Lysekil	220 000	175
Vaneviks Granitaktienbolaget, Vanevik	150 000	210

In der letzten Zeit sind Neugründungen nicht mehr bekannt geworden, woraus sich ergibt, daß es mit dem Dividendensegen nicht so bestellt ist, wie gerissene Anpreiser in den Tageszeitungen prophezeiten. — Es muß dabei noch erwähnt werden, daß sich einzelne Gesellschaften, besonders soweit der rote und schwarze Granit in Frage kommt, eine Art **Monopolstellung** gesichert haben. —

Die Firma Kessel u. Röhl (Sitz Berlin) war es, welche vor etwa 25 Jahren die Güte des roten Granits erkannte und ihn besonders zu Schleifereizwecken verwandte. Genannte Firma sicherte sich in Schweden mehrere Komplexe, aber sie wurde bald von andern Werken bedeutend überflügelt. Bezüglich des Schleifens und Polierens hat diese Firma den Schweden erst den richtigen Weg gewiesen.

Die schwarzen Steinbrüche entdeckte ebenfalls ein Deutscher; für eine ungeheure Summe (genannt wird 1 Million Kronen) ließ er sich das Mutungsrecht abkaufen.

Neuregelung des Submissionswesens nach sozialen Gesichtspunkten.

Ueber die zahlreichen Mängel des heute geltenden Submissionsverfahrens sind schon ganze Fässer voll Tinte verschrieben und schon Dutzende von ellenlangen Reden gehalten worden. Alle Beteiligten sind sich darüber einig, daß Verbesserungen unbedingt nötig sind, und seit Jahren sind Verbesserungsvorschläge gemacht worden, wobei allerdings bislang noch nicht viel herausgekommen ist. Die Privatpersonen oder Behörden, die Submissionen ausschreiben, klagen darüber, daß sie keine Gewähr hätten, ob es bei der Bewerbung reell hergehe oder nicht; sie weisen darauf hin, es habe sich durch mehrere Prozesse der letzten Jahre herausgestellt, daß die Bewerber geheime Vereinbarungen untereinander treffen und dadurch ihre Auftraggeber böse übers Ohr hauen. Die Uebernehmer, die sich an Submissionen beteiligen, klagen über die großen Unkosten und nutzlosen Bemühungen, zu denen sie gezwungen würden, weshalb sie genötigt seien, sich durch private Abmachungen gegen die Schäden des heutigen Verfahrens zu schützen. Und was die Arbeiter anbetrifft, so sind diese schon längst nicht mehr zufrieden, weil sie erfahren haben, daß in den Arbeits- oder Lieferungsverträgen nicht die geringste Rücksicht auf ihre Interessen genommen wird, daß sie vielmehr immer diejenigen sind, aus deren Haut die Submissionshyänen ihre Riemen schneiden.

Die organisierten Arbeiter fordern seit langem eine Neuregelung des Submissionswesens nach sozialen Gesichtspunkten und eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen. Ihre Forderungen erstrecken sich besonders nach zwei Richtungen hin: zunächst sollen Vorkehrungen getroffen werden, wodurch die Lohnforderungen der bei einer Submissionsarbeit beschäftigten Arbeiter gesichert werden, sodann sollen in die Submissionsverträge Bestimmungen eingefügt werden, die den Uebernehmer zur Gewährung anständiger Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichten. Die erste Forderung soll dadurch erfüllt werden, daß der betreffende Auftraggeber verpflichtet wird, den fälligen Lohn eventuell selbst zu bezahlen, wenn es mit der Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Uebernehmers hapert, und sich dafür an dem Uebernehmer schadlos zu halten. Die zweite Forderung soll dadurch ihre Erfüllung finden, daß der Uebernehmer verpflichtet wird, mit den Gewerkschaften seiner Branche Tarifverträge abzuschließen oder wenigstens die von den Gewerkschaften festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

Selbstverständlich werden diese beiden Forderungen an alle Auftraggeber gestellt mit der Begründung, daß es den Grundsätzen der sozialen Moral entspreche, die von ihnen — wenn auch nur indirekt — beschäftigten Arbeiter und Angestellten unter anständigen Bedingungen arbeiten zu lassen. Leider besteht noch keine Aussicht, das Gros der Unternehmer, dessen unsoziales Empfinden bekannt ist, zur Anerkennung dieser Forderungen zu bewegen, weshalb die gewerkschaftlichen Organisationen sich einstweilen darauf beschränken, Staat und Gemeinde zu veranlassen, den privaten Unternehmern mit einem guten Beispiele vorauszugehen.

Daß die Staats- und Gemeindebehörden die Pflicht haben, dafür Sorge zu tragen, daß die von ihnen indirekt durch Vermittlung eines privaten Uebernehmers beschäftigten Personen unter anständigen Bedingungen arbeiten und daß sie auf jeden Fall zu ihrem Gelde kommen, kann gar nicht bestritten werden. Die den Privatunternehmern übertragenen Lieferungen und Arbeiten werden ja aus dem Steuersäckel bezahlt, in den auch die Arbeiter ihre Groschen und Markstücke hineinlegen, und darum würde es eine grobe Pflichtverletzung bedeuten, wollten sich die Behörden der Kontrolle entziehen über die Art und Weise, wie der Uebernehmer mit seinen Arbeitern verfährt. Staat und Gemeinde müssen nicht nur ihren Beamten ein ausreichendes Einkommen gewähren, sondern diese Pflicht erstreckt sich auch auf die bei einem Privatunternehmer aus Staats- und Gemeindearbeiten beschäftigten Personen. Man muß sich wundern, daß es so lange gedauert hat, bis sich eine solch selbstverständliche Auffassung durchgefressen hat. Es ist dies wieder einmal ein Beweis dafür, mit welch schneckenhafter Langsamkeit soziale Reformgedanken in den Köpfen der Menschen Wurzel fassen. Und auch dann noch, wenn sie sich in der Theorie durchgerungen haben, läßt die praktische Durchführung noch viel zu wünschen übrig. Hierfür legt eine Diskussion Zeugnis ab, die vor kurzem in Hamburg stattgefunden hat.

Der Stadtstaat Hamburg, der alljährlich einen Millionenumsatz auf dem Gebiete des Submissionswesens hat, hat sich einen Entwurf ausarbeiten lassen, der die Mängel des staatlichen Submissionsverfahrens beseitigen soll. Das hamburgische Parlament, die sogenannte Bürgerschaft, hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Entwurf befaßt, der u. a. folgende Bestimmungen enthält, die für uns hier speziell in Frage kommen:

„Sollte ein Uebernehmer die ihm aus den Verträgen mit seinen Handwerkern und Arbeitern obliegenden Verpflichtungen nicht oder nicht pünktlich erfüllen, so hat er der Behörde über die mit ihnen wegen der Ausführung der Arbeiten und Lieferungen abgeschlossenen Verträge und deren Erfüllung jederzeit auf Erfordern Auskunft zu erteilen. Die Behörde kann die Leistung einer Abschlagszahlung oder Schlußzahlung verweigern, bis eine ihr genügende Auskunft vorliegt.

Der Verwaltung bleibt weiter das Recht vorbehalten, die von dem Uebernehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung aus seinem Guthaben oder der gestellten Sicherheit unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Uebernehmer hat die hierzu erforderlichen Lohnlisten und sonstigen Unterlagen der Verwaltung zur Verfügung zu stellen, auf Erfordern auch eine Erklärung abzugeben, ob und inwieweit er die Ansprüche der Handwerker und Arbeiter als begründet anerkennt. Geht die Erklärung nicht in der bestimmten Frist ein, so kann der Uebernehmer Einwendungen gegen die Ansprüche der Verwaltung gegenüber nicht geltend machen.

Bewerber, von denen der ausschreibenden Behörde oder der Finanzdeputation bekannt ist, daß sie ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Unterübernehmern, Gesellen und Arbeitern oder ihren Beitragspflichten bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nicht nachzukommen pflegen, sind von der Berücksichtigung für einen Zuschlag auszuschließen. Ferner können solche Bewerber zeitweise oder dauernd unberücksichtigt bleiben, die bei früher übernommenen Staatsaufträgen ihren Verbindlichkeiten nicht nachgekommen sind."

Der Hamburgische Senat hat in seiner sozialen Kurzsichtigkeit diese Bestimmungen, die durch die Bürgerschaft angenommen worden sind, bislang hartnäckig bekämpft und es ist als ein großer Erfolg der organisierten Arbeiter Hamburgs zu bezeichnen, daß ihre diesbezüglichen Forderungen endlich einmal Gehör gefunden haben. So erfreulich auch dies ist, so bedauerlich ist es aber anderseits, daß man der zweiten Forderung, der sogenannten anständigen Lohn- und Arbeitsklausel, ein solch geringes Verständnis entgegengebracht hat. In dieser Beziehung herrscht in Hamburg noch eine größere Rückständigkeit, als in manchen anderen Städten. Selbst der deutsche Reichstag hat kürzlich den Beschluß gefaßt, daß die Marineverwaltung bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen solche Firmen bevorzugen soll, die mit den Gewerkschaften in einem tariflichen Verhältnisse stehen. Die Hamburgische Bürgerschaft hat sich damit begnügt, folgende Bestimmung in das Submissionsgesetz hineinzubringen: „Die Behörden sich berechtigt, vor der Zuschlagserteilung nähere Angaben über die Lohnverhältnisse sowie darüber zu verlangen, ob und in welchem Umfange Heimarbeit in Aussicht genommen ist. Wenn sich herausstellt, daß von dem Uebernehmer für in Hamburg auszuführende Arbeiten niedrigere als die in Hamburg üblichen Löhne bezahlt werden, sind bei der Bewertung diejenigen Angebote zu bevorzugen, denen diese letzteren Löhne zugrunde liegen." Die organisierten Arbeiter waren mit diesem Paragraphen nicht zufrieden. Sie verlangen, daß die Behörden nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sein sollen, derartige Erkundigungen einzuziehen; und sie verlangen ferner, daß in dem Gesetze klipp und klar zum Ausdruck gebracht werde: „Wer Staatsarbeiten oder Staatslieferungen übernehmen will, hat die gewerkschaftlich oder tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen innezuhalten!" Und zwar verlangen sie dies, weil sie zu dem Wohlwollen der Behörden kein sonderliches Zutrauen haben.

Die Wortführer des Unternehmertums bekämpften natürlich diese weitergehenden Forderungen, weil sie nicht wollen, daß der Staat den Privatunternehmern „ein schlechtes Beispiel" gibt. Das ist recht unsozial gedacht. Dasselbe Unternehmertum, das zur Wahrung seiner eignen Interessen eine Neuregelung des bestehenden Submissionsverfahrens und eine Beseitigung der schrankenlosen Bewerbungsfreiheit fordert, sträubt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man ihm Verpflichtungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen auferlegt. Es wünscht also neue Vorteile, lehnt aber irgendwelche Pflichten ab. Leider stehen auch noch viele Behörden den Forderungen der Arbeiter gleichgültig, wenn nicht ablehnend gegenüber, trotzdem diese Forderungen von sozialempfindenden Privatleuten und auch von den Genossenschaften modernen Gepräges als berechtigt anerkannt und erfüllt worden sind.

Die Separatisten.

Vor einiger Zeit waren mit den tschechischen Separatisten Verhandlungen angebahnt worden, um — wenn möglich — noch in letzter Stunde den Konflikt beizulegen. Der Versuch ist gescheitert, die Einigungsverhandlungen sind endgültig abgebrochen worden.

Auf die Friedensvorschläge der Zentralisten antworteten die Separatisten mit der Aufstellung eines Programms, das ihre alten Forderungen scharf präzisierte. Nicht um ein Jota gingen sie von ihren ursprünglichen Forderungen ab. Was sie früher schon verlangt hatten, formulierten sie nun in einen „Friedens"-antrag, von dem sie natürlich im vorunherein wußten, daß er den Frieden nicht bringen konnte. An der Spitze der Forderungen stand nach wie vor das Verlangen, nationale Gewerkschaften an die Stelle der internationalen Verbände zu setzen. Wie ernst es den Separatisten mit ihrer Antwort auf die zentralistischen Friedensvorschläge war, mag man auch daran ermessen, daß sie beantragten, die Führung eines Streiks jeweils der Organisation zu überlassen, die von der Mehrheit der beteiligten Arbeiter hierzu erwählt werde. Die Verwirklichung dieses Vorschlages bedeutete, daß vor jedem Streik in national gemischten Gebieten unter den Arbeitern der einzelnen Nationen ein wütender Kampf darüber entbrennen würde, welche Organisation den Streik zu führen habe. Gerade in dem Augenblick, in dem die geschlossene Einigkeit der Arbeiter am wichtigsten ist, vor dem Kampfe, soll nach dem hübschen Plan der Separatisten die Brandfackel des nationalen Streites unter die Arbeiter geschleudert werden. Daß für derartige Vorschläge die Zentralisten kein Verständnis haben, ja, daß sie sie mit Entrüstung zurückweisen, ist nur selbstverständlich. Dazu kam noch, daß sich die Separatisten ein System gegenseitiger finanzieller Unterstützung mit den Zentralverbänden ausdachten, das alle Vorteile den Separatisten und alle Nachteile den Zentralisten zugewiesen hätte. Angesichts derartiger Forderungen blieb den Zentralisten gar nichts andres übrig, als die Einigungsverhandlungen für gescheitert zu erklären.

Am 17. März d. J. tagte in Wien eine Reichskonferenz der Zentralverbände, die nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Hueber den Abbruch der Einigungsverhandlungen zustimmend zur Kenntnis nahm. In der von der Konferenz einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Die tschechischen Separatisten haben durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umschreibung ihrer ersten Anträge bedeuten, und ihr Verhalten während der Verhandlungen bewiesen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht anstreben. Sie haben im schroffsten Gegensatz zur Zentralorganisation den Willen klar ausgesprochen, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches unerschütterlich zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundsätze wäre das Proletariat Oesterreichs, trotz aller gewährten Gegenseitigkeit, in den Fabriken und Werkstätten national zerklüftet und könnte es unmöglich organisatorisch erfaßt werden ... Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechisch-slawischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näherstehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft ... Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsverwerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren."

Nun muß der Kampf zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung entscheiden. Die Brücke des Rückzuges ist abgebrochen, ein heftiger Zusammenstoß erscheint unvermeidlich.

Inzwischen hat, wie nicht anders zu erwarten war, der Gewerkschaftskonflikt auf das politische Gebiet übergegriffen. In Oesterreich spielen sich zurzeit große politische Ereignisse ab. Die klerikal schillernde Regierung Bienerth hat das Parlament aufgelöst, als es eben im Begriff stand, wichtige soziale Gesetze zu schaffen. Die Reform der Kranken- und Unfallversicherung sowie die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung standen vor der Erledigung, als man das erste Parlament, das auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählt worden war, heimschickte. Das Parlament hatte etwas gezögert, der Regierung die geforderten Militärlasten zu bewilligen, und das hatte genügt, um den Vorwand zur Auflösung abzugeben. Nun zieht das österreichische Proletariat in eine Wahlschlacht, wie sie in Oesterreich noch nicht geschlagen wurde. Der Regierung ist es gelungen, die bürgerlichen Parteien, die aus Angst vor der Sozialdemokratie kopflos geworden sind, zu einem großen antisozialistischen Block zusammenzuschweißen. Die einstigen Gegner haben sich koaliert, um der Sozialdemokratie besser begegnen zu können. Die schwärzesten Klerikalen gehen nun Hand in Hand mit den einstigen Aposteln des Antiklerikalismus, die ausgepichtesten österreichischen Ueberpatrioten haben sich mit den Hochverrätern von ehemals, den kornblumblau geschmückten Deutschradikalen vereint. Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Und gerade in dieser Zeit, in der dem Proletariat die Einigung am nötigsten täte, um dem Ansturm der vereinigten Gegner widerstehen zu können, beginnt der Gewerkschaftsstreit auch politisch unheilverkündend zu wirken. Die tschechischen Zentralisten sind aus der offiziellen tschechischen Partei ausgetreten und beabsichtigen, den offiziellen Kandidaten internationale Sonderkandidaten gegenüberzustellen. Die offiziellen tschechischen Sozialdemokraten schieben, wie man es bei ihnen gewohnt ist, alle Schuld auf die deutschen Sozialdemokraten und drohen, den deutschen sozialdemokratischen Kandidaten tschechische Gegenkandidaten gegenüberzustellen. So macht sich innerhalb der Partei ein Zerwürfnis fühlbar, das schädigender wirkt als es der Ansturm der vereinigten Gegner jemals zu tun vermöchte. Während sich die bürgerlichen Gegner vereinigen, bietet das Proletariat das traurige Bild inneren Haders; darunter leidet natürlich die deutsche nicht minder als die tschechische Sozialdemokratie Oesterreichs. Unter ungünstigen Auspizien ziehen wir demnach in den Kampf; uns bleibt nur die Hoffnung, daß der gesunde Sinn des österreichischen Proletariats stark genug sein werde, auch die große Belastung des inneren Haders zu überwinden.

J. D.

Man denke nur an die neue Reichsversicherungsordnung, die darauf ausgeht, bewährte Kräfte lahmzulegen!

So erbärmlich diese Haltung der Gegner ist, sie hat ihre Erklärung in ihrer Schwäche. Ihre politische Existenz war nie bedrohter als jetzt; nie haben die Brot- und Fleischwucherparteien, nie hat das herrschende reaktionäre Element sich in einer derart fatalen Klemme befunden wie heute. Ihre gar zu positiven Taten beginnen sich zu rächen. Und das Volk strömt in hellen Haufen unter die rote Fahne der „Negierer".

Die Regierer aber packt Furcht und Grauen, und sie suchen mit List und Gewalt den drohenden Ansturm zu brechen. Entrechtung heißt ihr einziges Mittel.

Aber wenn die gewerkschaftliche Bewegung mit den brutalsten wirtschaftlichen Maßregeln und Maßregelungen nicht niedergezwungen werden kann — wie will man der politischen Erregung Herr werden, die Millionen Seelen erfüllt und viel unangreifbarer ist als die wirtschaftliche Position des Arbeiters?

Sie können es nicht.

Ihre krampfhaften Bemühungen sind nur ein Beweis für die Stärke unsrer Bewegung, die übrigens trotz allem auch zu positiven Ergebnissen gelangt.

Um auch hier in bezug auf unsre Maidemonstration ein politisches Ideal anzuführen: wie hat man gespottet über die von uns geforderte Abschaffung der Kriege, über Abrüstung und Völkerfrieden! Heute ist bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein die Erkenntnis gedrungen, daß der Krieg kulturwidrig und eine Institution sei, die ganz unnötige Opfer an Gut und Blut verschwende. So bezeichnete vor kurzem der Berliner Professor Dr. Ostwald in einem Vortrage die Annahme geradezu als töricht, daß der Krieg zu Männlichkeit und Tapferkeit erziehe. Eine Redensart nannte er das, die vielleicht vor fünf Jahrhunderten einmal Geltung gehabt habe. Und meinte: Sogar die deutsche Einigkeit wäre ohne die Blutopfer von 1870/71 möglich geworden, wenn der preußische König 1848 nicht so auf sein Gottesgnadentum gepocht, sondern die Kaiserkrone von Volksgnaden angenommen hätte.

In Erinnerung ist ferner die im Februar d. J. in der französischen Kammer angenommene Resolution, worin die Regierung aufgefordert wird, im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Hager Friedenskonferenz zu setzen. Das englische Parlament ferner hat einem Antrag zugestimmt, der die großen Rüstungen bedauert und ausspricht, daß das Unterhaus die Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung zwecks Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen würde. Ja, sogar die Mehrheit des deutschen Reichstages hat in einer Resolution ihre Bereitwilligkeit erklärt, über die Begrenzung der Rüstungen und den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen zu verhandeln.

Also auch hier ein langsames, aber sicheres Fortschreiten einer Idee, für die wir am 1. Mai demonstrieren; auch hier die wachsende Tendenz, einen „schönen Traum" allmählich zu verwirklichen, den alle Welt einst mit Hohngelächter begrüßte!

Kommen wir weiter?

Sind wir auf dem richtigen Wege, den praktische Erfahrung und theoretisches Erkennen uns vorschreiben?

Werden unsre Maideale sich verwirklichen?

Wir glauben: wenn die deutsche Arbeiterklasse die großen Linien ihre Entwicklung prüft, dann darf sie auch den heutigen internationalen Feiertag der Arbeit mit gutem Gewissen, mit frohem Sinn begehen und kann auf jene Fragen mit einem ruhigen, aber festen „Ja!" antworten.

Der Streikbrecher.

Siehst du dort den feilen Burschen
Scheu um jene Ecke schleichen?
Kann dir nicht ins Auge schauen
Und dir keine Hand mehr reichen.
Denn es ist ein traurig Wesen,
Fiel den Brüdern in den Rücken
Für die blanken Silberlinge
Und muß nun zur Erde blicken.
Hat sich selber jetzt verschachert,
Kann dich ehrlich nicht mehr grüßen.
. . . Wer noch etwas Scham im Leibe,
Fliehe ihn mit schnellen Füßen.

(„Stuttgarter".)